Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 218. Dienstag, den 17. September 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Angestellte und Sozialdemokratie.

Dem Chemnitzer Parteitag liegen aus allen Teilen des Reiches Anträge vor, die den Vorstand der Partei ersuchen, mehr als bisher auf die Agitation unter den Privatangestellten sein Augenmerk zu richten.

Beinahe möchte man meinen, es bedürfe gar keiner besonderen Werbearbeit unter den Angestellten mehr. Die wirtschaftliche Entwickelung, die Wertung und Behandlung, die den Angestellten sowohl von den Unternehmern, ihren Arbeitgebern, wie von der Regierung und den hinter ihnen stehenden Parteien in der Gesetzgebung zuteil wird, müßte sie in die Arme der Sozialdemokratie treiben. Bringt doch fast jeder Tag neue Beweise, wie leicht man glaubt, sich über die Interessen dieser Schicht von zwei Millionen hinwegsetzen zu können.

Schon ein Blick in die Gehaltsstatistiken, die zahlreiche Verbände von Angestellten erhoben haben, zeigt mit überwältigender Deutlichkeit, in welchem Maße das Kapital auch die bewährten Mitarbeiter des Herrn Chefs ausnutzt und an einer gesunden Lebenshaltung hindert. Ältere Angestellte, die eine Familie zu ernähren haben, an deren Kenntnisse und an deren Auftreten erhebliche Anforderungen gestellt werden, erhalten gar nicht so selten Monatsgehalte von 100 oder 120 Mark. Arbeitszeiten sind für Angestellte üblich, wie man sie Arbeitern heute kaum noch zu bieten wagen würde; daß Überstunden bezahlt werden, ist, zumal in kaufmännischen Unternehmungen, immer noch eine Seltenheit. Ein Kapitel für sich bilden die Bureau- und Geschäftsordnungen, mit denen man vielfach die Angestellten beglückt. Von ihrer Rigorosität macht sich ein Außenstehender kaum einen Begriff; sind doch derartige Verfügungen bekannt geworden, die sogar das „Pfeifen und Singen auf dem Abort“ mit Geldstrafen belegen. Oder man denke an den Runderlaß der Kruppschen Germaniawerft in Kiel, der vor einigen Wochen an die technischen Angestellten erging; diesen wird hier nicht mehr und nicht weniger untersagt als jedwede Nebenbeschäftigung, auch solche zum Zwecke wissenschaftlicher Fortbildung, da sich Unzuträglichkeiten für den Betrieb daraus ergeben hätten. Man wagt in dieser Art mit den Angestellten umzuspringen, weil man weiß, ihnen fehlt es fast überall noch an starker gewerkschaftlicher Organisation, die die Arbeiterschaft allmählich instand gesetzt hat, unwürdige Zumutungen mit Erfolg abzuwehren. Und wo der Organisationsgedanke unter den Angestellten Wurzel faßt, da scheuen sich zahlreiche Firmen nicht, in das Koalitionsrecht ihrer Beamten einzugreifen, — mit einer Brutalität und Rücksichtslosigkeit, die zum Himmel schreit. Man wird sich noch der Vorgänge auf der Gutehoffnungshütte in Sterkrade erinnern, wo man vor einigen Monaten einen der Techniker nach dem andern vorlud, um ihm mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu erklären: Wenn du nicht sofort den Austritt aus deinem Verband erklärst, so fliegst du. Das Beispiel von Sterkrade hat inzwischen schon noch manche Nachahmung gefunden. Und die Zahl der Unternehmer, die beim Engagement ihrer Arbeitskräfte zunächst nach der Organisationszugehörigkeit fragen, ist ständig im Wachsen.

Natürlich darf bei einem solchen Kesseltreiben gegen das Vereinigungsrecht auch „Väterchen Staat“ bei uns nicht fehlen. Die preußischen Behörden zum mindesten machen kräftig mit. Diensteifrig half die Essener Polizei vor einiger Zeit dem Zechenverband mit Hilfe von Spitzeln sich die Mitgliederliste der Steigerorganisation zu verschaffen und damit soundso viel arme Teufel den Grubengewaltigen ans Messer zu liefern. Und eben wieder flattert die Kunde durchs Land, daß der preußische Eisenbahnminister endgültig die Maßregelung eines auf Privatdienstvertrag angestellten, also nicht im Beamtenverhältnis stehenden Eisenbahntechnikers auf Grund seiner Zugehörigkeit zum Bunde der technisch-industriellen Beamten bestätigt hat. Ja, offen erklärt Herr von Breitenbach, daß es bei dieser einen Maßregelung nicht bleiben wird.

Hinter den Regierenden stehen dabei die Schwarzen und die Blauen, und wohl auch manche von jenen, die sich nach außen hin mit einem liberalen Mäntelchen drapieren. Statt die Staatsbürgerrechte der Arbeitnehmer zu schützen, schreien sie am Ende gar noch nach einer Verschlechterung dieser Rechte. Wohl buhlen sie um die Stimmen der Angestellten, aber wo bleiben sie, als es galt, flammenden Protest einzulegen gegen Machenschaften wie die in Sterkrade und jene der Essener Polizei? Wo werden sie sein, wenn im Landtag die Essener Maßregelung und der Erlaß des Eisenbahnministers zur Sprache kommen werden?

Von gleicher Art wie das, was durch die machthabenden Faktoren zur Sicherung der Staatsbürgerrechte der Angestellten geschieht, ist jenes, was ihnen an sozialpolitischem Entgegenkommen zuteil wird. Eine soziale Versicherung hat man den Angestellten ja endlich auch geschaffen, sie ist allerdings danach. Immer aber noch bestehen Gesetze, die eine Erschwerung des Existenzkampfes für weite Schichten der Angestellten bedeuten, wie sie Arbeitern im engern Sinne des Wortes glücklicherweise erspart ist. Was diese bedrückt und beschwert, gilt fast durchweg für die Angestellten auch; hinzu kommen dann bei ihnen die Möglichkeiten des Arbeitgebers, durch eine Konkurrenzklausel das Fortkommen der Angestellten so gut wie zu unterbinden, die Zulässigkeit jener Verträge, die es dem Angestellten auf Jahre hinaus und für die Hälfte der Kulturstaaten rechtskräftig verbieten, in ein Konkurrenzgeschäft des ersten Arbeitgebers als Angestellter, Teilhaber oder Besitzer einzutreten, — auf daß nur ja nicht durch eine solche Arbeit in anderer Dienst der Profit des ersten Dienstherrn geschmälert wird! Hinzu kommt für die technischen Angestellten, als die „geborenen Erfinder“, jene schwerwiegende gesetzliche Bestimmung, die den Abschluß von Klauseln möglich macht, in denen nichts mehr und nichts weniger festgesetzt wird, als daß alle Erfindungen des Angestellten ohne weitere Entschädigung in das Eigentum der Firma übergehen. Ja ist das Patentgesetz doch so gehalten, daß die Gerichte wiederholt auch ohne eine derartige Vertragsklausel das Eigentumsrecht wertvoller Erfindungen von Angestellten der arbeitgebenden Firma zugesprochen haben!

Der umsichtige und klarsehende Angestellte wird erkennen müssen, daß in all diesen Fragen, die sein Lebensinteresse berühren, die Sozialdemokratie oft genug allein, jedenfalls immer am klarsten und energischsten, die Forderungen des „neuen Mittelstandes“ wahrgenommen hat. Bei allen Parteien sonst blieben große Worte ohne entsprechende Taten, standen zum mindesten neben jenen, die sich für die Wünsche der Angestellten einsetzten, auch andere, die gegen sie auftraten; man denke nur an die Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei bei der Behandlung des sozialen Versicherungsgesetzes hervortraten.

Zweifellos haben denn auch bereits Tausende, ja man darf ruhig sagen, Hunderttausende von Angestellten ihre Folgerungen gezogen. Weit hinaus über die Kreise derjenigen, die sich offen zur Sozialdemokratie bekennen, reicht die Zahl derer, die ihr bei geheimer Wahl ihre Stimme geben und die stets mit ihr sympathisieren.

Aber trotzdem: Eine kraftvolle Agitation unter den Privatangestellten ist nötig, ist dringendes Erfordernis. Die Sympathisierenden, die Mitläufer, müssen der Partei ganz gewonnen werden, so daß sie aus innerster Überzeugung in ihr die einzig mögliche Vertretung ihrer Interessen erblicken. Die Fernstehenden — nach Hunderttausenden zählen auch sie noch — müssen herangeholt werden.

Die Werbearbeit wird ausgehen müssen von den Beobachtungen und Erfahrungen des täglichen Lebens. Man zeige immer wieder, wie im Parlament und in der Öffentlichkeit die Sozialdemokratie sich der Angestelltenforderungen angenommen hat. Und dann gehe man weiter: Ist es nur eine Kriegslist, um die Angestellten zu gewinnen? Sind es demagogische Klopffechtereien? Sie können es hier weniger sein, als bei irgend einer andern Partei. Weil die Sozialdemokratie als einzige in Erkenntnis der Bedeutung wirtschaftlicher Tatsachen und Gegensätze sich als Interessenpartei bekennt — als eine Organisation zur Wahrung und Förderung der Rechte der Arbeit gegenüber den Ansprüchen des Kapitals. Da die Angestellten Arbeiter sind, Arbeiter im weiteren Sinne des Wortes — die dem Produktionskapital und seinen Besitzern gegenüberstehen, so ist es für die Sozialdemokratie nur eine Selbstverständlichkeit, sich ihrer Forderungen anzunehmen.

Vielleicht wird dieser und jener noch Bedenken haben, sich als reinen Arbeiter zu fühlen. In vielen Köpfen spukt ja noch ein Nachklang aus jener Zeit, da mancher Handlungsdiener nach soundso viel Jahren Abhängigkeit selber Geschäftsbesitzer, Arbeitgeber wurde. Indessen wieder weise man auf das hin, was die Wirklichkeiten des heutigen Wirtschaftslebens so deutlich erzählen, daß tatsächlich für neun Zehntel der Angestellten die spätere Selbständigkeit unerreichbar ist. Und dann vergesse man nicht zu zeigen, wie sehr dies in der Natur der modernen technisch-wirtschaftlichen Entwicklung begründet ist, so daß es sich mehr und mehr noch durchsetzen wird. Maschinen und Großbetriebe müssen in steter Steigerung infolge ihrer billigeren Produktionsmöglichkeit Handarbeit und Kleinbetrieb vertilgen, — die Großen werden weiter und weiter die Kleinen fressen und damit immer mehr die Möglichkeit vernichten, daß jene, die nicht schon als Besitzer erheblicher Produktionsmittel geboren wurden, später solche Besitzer werden können.

Man gehe aus von der schlechten Behandlung und geringen Wertung der Angestellten in unserer Zeit. Aber nicht bloß, um darüber zu schelten und zu nörgeln. Man zeige, wie diese schlechte Bezahlung und so vieles andere nicht zum wenigsten hervorgerufen wird durch einen wirtschaftlichen Zwang, der in gewissem Sinne auch auf den human denkenden Arbeitgeber wirkt: Er muß mit den Wölfen heulen, wenn nicht die billiger arbeitende Konkurrenz ihn vom Markte verdrängen und selber um seine Existenz bringen soll.

Endgültig wird das alles erst besser werden können, wenn die privatkapitalistische Produktion ersetzt wird durch die gesellschaftliche, die sozialistische. Sie erst gibt der Arbeit ihr Recht, den vollen Ertrag der Produkte, die sie schafft; sie gibt jedem, der da arbeitet, auch die Möglichkeit, genau so wie jeder andere mitzubestimmen über die Bedingungen, unter denen die Arbeit vor sich gehen soll; sie beseitigt die Schranken für das Talent, sich durchzusetzen, sofern ihm nicht das Schicksal schon in der Wiege goldene Gaben zur Seite legte; sie ist imstande, die Produktion nach den tatsächlichen Bedürfnissen zu regeln und jedem außer dem Maße des zum Leben Notwendigen, so viel freie Zeit zu geben, wie immer es eine rationelle Wirtschaftsart gestattet.

Eine Aufklärungsarbeit, die solche Wege geht, Hand in Hand mit dem Anschauungsunterricht, den das tägliche Leben bietet, wird nicht umsonst getan werden. Sie wird in der Lage sein, der Partei manch tüchtigen, wertvollen Mitarbeiter zu gewinnen. Und um so schneller wird es möglich sein, den Millionen des arbeitenden Volkes Erlösung aus Knechtschaft und Fron, Freiheit und Recht zu bringen. —

Die Teuerung.

In der Elberfelder Stadtverordnetenversammlung fand am Freitag eine Teuerungsdebatte statt. Unsere Genossen hatten den dringenden Antrag auf Einberufung einer Sitzung gestellt. Diesem Antrage kam die Stadtverwaltung nach. Die sozialdemokratische Fraktion präsentierte unsere bekannten Forderungen. Außerdem lag ein zahmer Antrag der Freisinnigen sowie ein noch zahmerer der städtischen Finanzkommission vor. Die sogenannte „Soziale Vereinigung christlich-nationaler Arbeiter“ hatte auch einen Antrag gestellt; deren Vertreter hatte es aber vorgezogen, den Antrag in der Tasche zu behalten. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Parteigenossen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der Antrag der Finanzkommission, der im wesentlichen besagt: Aufhebung der Grenzsperre gegenüber Frankreich, Holland und Belgien, Erleichterung der Einfuhr von Schlachtvieh durch Beseitigung der Quarantäne für Vieh aus seuchenfreien Bezirken, Beseitigung der klinischen Tuberkulose-Untersuchung, Aufhebung der Grenzsperre gegenüber Holland für die Einführung von Zuchtvieh, unbeschränkte Zulassung der Einfuhr aus den deutschen Kolonien, Erleichterung der Einfuhr von frischem Fleisch, Ermöglichung der Einfuhr von Gefrierfleisch, vorübergehende Erleichterung der Zölle für Vieh, Fleisch und Futtermittel. Mit Hilfe der sozialdemokratischen und einiger freisinniger Stimmen wurde der Zusatzantrag angenommen, statt vorübergehender Erleichterung Aufhebung der Zölle zu setzen.

Etwas weiter gingen die Stadtverordnetenversammlungen in Wermelskirchen und Ronsdorf, wo unsere Anträge angenommen wurden.

In Cronenberg stimmten die bürgerlichen Stadtverordneten unseren Anträgen allgemeiner Art einstimmig zu. Die Durchführung kommunaler Maßnahmen wurde jedoch zuvor einer Kommission überwiesen.

Der Stadtmagistrat Augsburg hat im Hinblick auf die Teuerung nach Vorschlag der Lebensmittelversorgungskommission einstimmig beschlossen, an den Bundesrat den Antrag zu stellen, daß lebendes Schlachtvieh aus Dänemark, Holland, Frankreich und Schweden unter den für Österreich-Ungarn geltenden Vorschriften und unter Wegfall der Quarantänefristen eingeführt werden kann. Ferner wird die Zulassung von lebendem Schlachtvieh aus Argentinien und Australien und aus unseren Kolonien unter Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen, dann Beschränkung des Einfuhrverbotes für Rindvieh und Fleisch aus Amerika gefordert. Weiter wird verlangt die Aufhebung der 30tägigen Beobachtungsfrist am Herkunftsort für die in Grenzschlachthäusern anzuschlachtenden Schweine aus Österreich-Ungarn, desgleichen der Bestimmung, daß das Fleisch der aus Rußland nach Oberschlesien eingeführten Schlachtschweine ausschließlich in den Grenzbezirken verbraucht

werden muß. Verlangt wird dann auch die Änderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, Ermäßigung der Zollsätze auf lebendes Vieh, auf frisches und gefrorenes Fleisch und auf Futtermittel. Zur Durchführung dieser Anregungen wird an den Bundesrat das Gesuch um sofortige Einberufung des Reichstages gestellt. Weiter wurde beschlossen, städtische Fleischverkaufsstellen einzurichten und sofort einen Versuch mit der Einfuhr von Gefrierfleisch und frischem Fleisch durch die Stadtgemeinde zu machen, dann eigene Schweinemästereien zu errichten und eine Viehmarktskasse zu schaffen, die mit städtischer finanzieller Unterstützung es den weniger kapitalkräftigen Metzgern ermöglichen soll, sich von den Viehhändlern unabhängig zu machen. Ferner werden Maßnahmen getroffen zur Beschaffung billiger Kartoffeln, Gemüse und Obst durch die Stadtgemeinden für Minderbemittelte, auch wird die Anlage von kommunalen Obst- und Gemüsegärten in Instruktion genommen. Um den Zwischenhandel zu beschneiden, soll die städtische Marktordnung einer Revision unterzogen werden. Die Mittel zur Durchführung dieser Maßnahmen sollen aus dem städtischen Notfond genommen werden, der sich auf etwa 200 000 Mk. beläuft.

In den pfälzischen Städten Ludwigshafen, Speyer und Kaiserslautern wurde in den Stadtratskollegien zu der herrschenden Teuerung Stellung genommen. In allen drei Städten wurde den sozialdemokratischen Anträgen zugestimmt.

In Würzburg nahm das Gemeindekollegium (Stadtverordnete) die sozialdemokratischen Anträge zur Milderung der Fleischteuerung einstimmig an. Auch Zentrum und Liberale hatten sich dafür erklärt, obwohl die Zentrumspresse das Bestehen eines Notstandes leugnet.

Nach einer vorliegenden Meldung aus Rudolstadt sagte der Vertreter der Regierung von Schwarzburg-Rudolstadt im Landtage auf einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hin nicht nur jede gewünschte Maßregel zur Hebung der Fleischnot zu, sondern erklärte darüber hinaus ausdrücklich, im Bundesrat für die von der Sozialdemokratie gewünschte Einberufung des Reichstags eintreten zu wollen. Für Maßnahmen gegen die Fleischnot stimmten nach dieser Meldung auch die beiden bündlerischen Mitglieder des Landtages.

Der Deutsche Handelstag hat eine Eingabe, die er im Vorjahre an den Reichstag gegen die Teuerung gerichtet hatte, und die damals als durch die Besprechung der Notstands-Interpellation für erledigt erklärt wurde, wieder eingebracht. Diesmal ist die dringende Bitte angefügt, endlich einmal wirksame Maßregeln zu treffen.

In Stuttgart fanden Sonntag 23 Volksversammlungen statt; sie waren durchweg gut besucht, teilweise überfüllt. Die Resolution wurde überall einstimmig angenommen. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer auf den Schloßplatz; dort mögen etwa 12 000 bis 15 000 Personen versammelt gewesen sein. Genosse Crispien hielt eine kurze Ansprache an die Versammelten und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Darauf zogen die Versammelten am Schloß und Ministerium vorbei, nach dem Marktplatz; hier geißelte Gen. Westmeyer den herrschenden Lebensmittelwucher. Die Demonstranten zogen dann nach dem Marienplatz, wo Gen. Eckert als Vertreter der Gewerkschaften sprach. Die Demonstration löste sich in größter Ordnung auf. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die Polizei, die 400 Mann stark im Waisenhaus stationiert war, hielt sich zurück.

Protestversammlungen gegen die Teuerung fanden in diesen Tagen in allen Teilen des Reiches massenhaft statt, so in Stuttgart, Weißwasser (O.-L.), Strehla (Sachsen), Großenhain, Neustadt bei Koburg, Konstanz, Radolfzell, Triberg, Waldkirch (Baden).

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wenn die Agrarier unter sich sind . . .

Im „Grünberger Wochenblatt" werden Mitteilungen über den diesjährigen Ernteausfall gemacht, die von den Herren Agrariern selbst bei einer Tagung des Forstwirtschaftlichen Kreisvereins in Grünberg gegeben wurden. Danach berichtete der Graf v. Stosch-Polnisch-Kessel, daß auf einem Platz mitten in der Heide, wo nicht einmal die Kiefer gedeihen wollte, eine Gründüngung vorgenommen und künstlicher Dünger verwendet wurde. Der Roggen auf diesem „Schundboden" — wie das Land in der Versammlung bezeichnet wurde — gab einen Ertrag von 8 Zentnern und 85 Pfd. pro Morgen. Die sämtlichen Ausgaben betrugen pro Morgen 45 Mk., die Ernte brachte 90 Mk., also das Doppelte oder 100 Prozent. Der Ertrag wäre, so wird weiter berichtet, noch größer gewesen, wenn das zahlreiche Wild nicht so großen Schaden angerichtet hätte, das sicher auch dem Grafen v. Stosch gehört.

Ein Gegenstück zu der gräßlichen Feststellung einer guten Ernte ist in derselben Nummer des „Grünberger Wochenblattes" eine Zuschrift der Landwirte des Kreises Sprottau, in der verkündet wird, daß die hohen Lebensmittelpreise in fünf bis sechs Monaten von selbst wieder in normale Bahnen kommen würden, da Futtermangel herrsche und die Ernte nur eine Mittelernte sei.

Man sieht, die Herren Agrarier verstehen ihr Geschäft.

Die Strafrechtskommission

hat gestern ihre durch die Sommerferien unterbrochenen Arbeiten wieder aufgenommen. Über die bisherigen Arbeiten der Kommission teilt der „Reichsanzeiger" mit: Die Strafe des Zweikampfes (§ 220) ist unter Erhöhung der oberen Grenze auf Einschließung von drei Monaten bis zu fünf Jahren und für den Teil, der den Zweikampf freventlich verschuldet hat, auf Gefängnis von gleicher Dauer festgesetzt. Die besondere Vorschrift für den Fall, daß der Zweikampf ohne Sekundanten stattgefunden hat, oder den Tod eines der Kämpfenden herbeiführen sollte (§ 220 Abs. 2), ist gestrichen. Im § 221 (Tötung im Zweikampf) ist einschließlich von zwei bis zu zehn Jahren und für den, der den Zweikampf freventlich verschuldet hat, Gefängnis von gleicher Dauer angedroht. Bei der Herausforderung zum Zweikampf und der Annahme einer solchen (§ 223) soll Einschließung bis zu einem Jahre und bei freventlicher Verschuldung Gefängnis bis zu einem Jahre (nach dem Vorentwurf nur Haft) eintreten.

Außer den übrigen Paragraphen, die ebenfalls den Duellunfug behandeln, hat die Kommission noch die §§ 227-233, in welchen die Strafen für Körperverletzung festgesetzt sind, und den 19. Abschnitt, der die Strafen für Verbrechen und Vergehen in sich schließt, beraten. — Die Bestimmung gegen den Hausfriedensbruch (§ 242) hat mehrere Änderungen erfahren. Die Wendung „wer . . . . widerrechtlich eindringt" ist wie folgt umgestaltet: „wer . . . . gegen den — erklärten oder nach den Umständen zu vermutenden — Willen des Berechtigten . . . eindringt". Wegen unbefugten Verweilens soll, wie nach geltendem Recht, nur bestraft werden, wer sich auf Aufforderung des Berechtigten nicht entfernt. Bei der Strafandrohung ist — unter Streichung der Haft — die Geldstrafe bis auf 3000 Mk. erhöht.

Polnisch-katholische Katzbalgerei in Schlesien.

Der Pfarrer Wick von Krzanowitz bei Cosel in Oberschlesien liegt mit seinen polnischen Pfarrkindern in harter Fehde. Der Pfarrer ist Zentrumsanhänger, die Nationalpolen stehen aber im Augenblick auf keinem guten Fuße mit dem Zentrum. Die Feindschaft hat sich daraus entsponnen, daß bei den letzten Wahlen das Zentrum in Oberschlesien schlecht abschnitt, es verlor einige Mandate an die Polen. Welche Formen diese politische Gegnerschaft zwischen Pfarrer und Pfarrkindern angenommen hat, zeigte sich gelegentlich einer Versammlung, die die Polenpartei am 8. September abhalten wollte. Polnische Blätter berichten darüber:

„Die Polen wollten eine Versammlung unter freiem Himmel in Krzanowitz abhalten. Dem Pfarrer aber lag daran, diese Versammlung zu verhindern. Auf dem Nachbargrundstück des Versammlungsplatzes veranstaltete er mit einigen Kriegervereinlern einen Mordsspektakel, so daß sich der Redner der Polen nur schwer verständlich machen konnte. Der Pfarrer schrie ihm zu: „Halts Maul!" und seine Begleiter johlten und lärmten nach Kräften. Als dann ein zweiter polnischer Redner auftrat, holte auch der Pfarrer „Verstärkung" herbei in Gestalt eines Drehorgelspielers, der auf das Kommando Sr. Hochwürden sein ganzes Repertoir herunterspielte. Alle möglichen Melodien überfluteten das feindliche Lager; Heil Dir im Siegerkranz — Hupf mein Mädele — Deutschland, Deutschland über alles — O, Susanna, wie ist das Leben doch so schön, und wie die herzerhebenden Leierkastenlieder alle hießen. Der Pfarrer dirigierte dazu, denn was der Leiermann spielte, das sangen seine begeisterten Kriegervereinsleute. Aber auch dieses „Konzert" erreichte seinen Zweck nicht — die Polenversammlung hielt dem Spektakel stand und tagte weiter. Schließlich unternahm der geistliche Feldherr einen letzten Vorstoß gegen die Gegner, indem er in eigner Person auf ihrem Versammlungsplatz erschien, bewaffnet mit einem Notizbuch und Bleistift. Die Polen vermuteten, daß er zu Denunziationszwecken Notizen mache, nahmen ihn beim Kragen und führten ihn zu seiner heulenden Truppe zurück. Zum Schluß sangen die frommen polnischen Versammlungsbesucher ein Kirchenlied. Kaum waren die ersten Töne erklungen, da gab der Pfarrer dem Leiermann den Befehl, ebenfalls loszulegen. Der Priester fuchtelte mit Hut und Stock den Takt zu der lustigen weltlichen Weise, während drüben seine polnischen Pfarrkinder mit entblößten Häuptern ihr Marienlied zu Ende sangen."

Soweit die polnischen Zeitungen über das merkwürdige Sonntagsvergnügen des Krzanowitzer Pfarrherrn. Wir Sozialdemokraten staunen darüber nicht — wir kennen die skrupellose Art zur Genüge, in der die Zentrumspriester kämpfen.

Fleischpreise in Baden und der Schweiz.

Aus Anlaß der Teuerungsdebatte in der Lübecker Bürgerschaft behauptete Herr Henk aus Bültwisch, die Fleischpreise in der Schweiz seien nur um ein geringes niedriger als in Baden. Wie wenig stichhaltig diese Behauptung ist, beweist folgende Gegenüberstellung der Preise der Metzgerinnung in Freiburg i. B. und der Preisliste des Allgemeinen Konsumvereins in Basel, der eine der größten Fleischereien Basels unterhält. Es kostete pro Pfund:

Ochsenfleisch mit Beilage in Freiburg 100 Pfg.	in Basel **76—96** Pfg.
„ ohne Bein in Freiburg 130 Pfg.	in Basel **76—100** Pfg.
Nierenstück mit Beilage in Freiburg 110 Pfg.	in Basel **96** Pfg.
„ ohne Bein in Freiburg 140—160 Pfg.	in Basel **118** Pfg.
Lummel ohne Bein in Freiburg 180—200 Pfg.	in Basel **156** Pfg.
Kalbfleisch mit Beilage in Freiburg 100 Pfg.	in Basel I. Qualität **85-155** Pfg.
„ Schlegel u. Koteletts mit Beilage in Freiburg 100 Pfg.	
„ Ragout in Freiburg 95 Pfg.	II. Qualität **70-120** Pfg.
„ ohne Bein i. Freibg. 160—180 Pfg.	
„ Schnitzel in Freiburg 200 Pfg.	
Schweinefleisch mit Beilage in Freiburg 95 Pfg.	in Basel **96** Pfg.
„ Kotelett und Braten mit Beilage in Freiburg 105 Pfg.	in Basel **96** Pfg.
„ ohne Bein in Freiburg 140 Pfg.	in Basel **120** Pfg.
„ Speck in Freiburg 90 Pfg.	in Basel **92** Pfg.
Hammelfleisch mit Beilage in Freiburg 95 Pfg.	in Basel **88** Pfg.
„ ohne Beilage in Freiburg 120 Pfg.	in Basel **96** Pfg.
„ Hammelbrust in Freiburg 70 Pfg.	in Basel **64** Pfg.
Geräuchertes Schweinefleisch in Freiburg 120—140 Pfg.	in Basel **110—125** Pfg.

Dabei hatte der Baseler Konsumverein kurz vorher bekannt gegeben, daß er das Rind- und Schweinefleisch um 5 Cents erhöht habe. (Die Erhöhung ist in den obigen Zahlen einbegriffen.) Er gibt aber auf diese Preise eine Rückvergütung von 8 Prozent, sodaß sie noch wesentlich niedriger wie die badischen Fleischpreise erscheinen. In Basel wird ferner schon seit Wochen Gefrierfleisch gekauft. Prima argentinisches Ochsenfleisch kostet im gefrorenen Zustande: Vorderviertel 44 Pfg., Hinterviertel 52 Pfg., Ochsenfleisch ohne Knochen 64 Pfg., Nierenstück mit Knochen 72 Pfg., Nierenstück ohne Knochen 92 Pfg., Filet, geputzt, 92 Pfg. — Die Befürchtungen, daß das Fleisch nicht schmecke oder gesundheitsschädlich sei, haben sich als hinfällig erwiesen. Der Umsatz nimmt täglich zu.

Ersatzwahl zum preußischen Landtage.

Bei der Landtagsersatzwahl im Kreise Schleusingen-Ziegenrück für den verstorbenen Landtagspräsidenten Freiherrn v. Erffa (kons.) erhielten Landrat Wagner-Schleusingen (kons.) 135 Stimmen, Kaufmann Doerr-Suhl (natl.) 68 Stimmen. Landrat Wagner ist somit gewählt.

Zur Not den Hohn!

So wagt Herr Oertel seinen neuesten Leitartikel zu benennen. Agrarierfrechheit ist wirklich nicht zu überbieten. Die Preise des dringendsten Lebensbedarfes sind ins Unerschwingliche gestiegen; Milliarden müssen die Massen aufbringen, um den Großgrundbesitzern den Tribut zu liefern; ein infames Einfuhrscheinsystem, das in der ganzen Welt sonst unbekannt ist, treibt das deutsche Getreide ins Ausland, um den Preiswucher im Inland noch weiter zu treiben — und da wagt es die „Deutsche Tageszeitung", über die bittere Not der — Agrarier zu schreiben und über den Hohn, der diesen angetan werde, wenn man Erleichterung der Lebensmittelnot fordert. Ja, betrachten denn die Herren Hungersnotpreise als ihr heiliges Vorrecht, an das nicht gerüttelt werden darf? Glauben Sie wirklich, daß etwas anderes als ein Wutgeschrei die Antwort sein kann, wenn sie die Frechheit haben, die jetzigen Preise als die allein „angemessenen" zu bezeichnen? Fürwahr, sie treiben's toll, und Zeit ist's, daß es breche, daß das Volk endlich seine Zeche mache!

Marokko.

Die Flucht El Hibas. Nach einer Meldung aus Marrakesch, 15. September, soll El Hiba, von Parteigängern El Glauis verfolgt, in der Gegend von Sus zurückgekehrt sein. El Hiba habe 10 000 Kämpfer zusammen gehabt, von denen 2000 im Kampfe oder infolge von Verwundungen oder Erschöpfung während der Flucht ums Leben gekommen seien. Die Stadt Marrakesch sei ruhig. Die Proklamation Muley Jussufs zum Sultan habe am 10. September stattgefunden. Zwischen Suk el Arba und Marrakesch sei regelmäßiger Transportverkehr.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 17. September.

Die Bürgerschaft trat gestern wiederum zu einer Sitzung zusammen. Die Tagesordnung war eine reichhaltige; sie konnte jedoch gestern aufgearbeitet werden. Zunächst kam der Teuerungs-Antrag Stelling abermals zur Beratung. Die Bürgerschaft hatte bekanntlich beschlossen, diesen Antrag dem Bürgerausschuß zu überweisen. Die letztere Körperschaft konnte sich aber nicht zu der konsequenten Forderung: Suspendierung der Lebensmittelzölle durchringen. Er milderte den Antrag dahin ab, daß die Zölle nur auf Vieh und Fleisch suspendiert werden sollen. Nunmehr hatte sich die Bürgerschaft verfassungsgemäß mit der Sache zu beschäftigen. Genosse Stelling bedauerte den Beschluß des Bürgerausschusses, beschränkte sich aber im übrigen auf eine kurze Erklärung. Natürlich lehnte die Bürgerschaft den Antrag Stelling in seiner ursprünglichen Fassung ab.

Beim Senatsantrag auf staatsseitigen Erwerb von Ländereien in Siems wurde vom Genossen Hoff mit Recht gerügt, daß die Firma Ewers u. Sohn gegenüber anderen Leuten besondere Vorrechte genieße. Trotzdem das vom Senatstische bestritten wurde, zeigen die Tatsachen doch ein anderes Bild.

Nach langen Vorbereitungen ist gestern endlich ein Gesetz verabschiedet worden, das die gesetzliche Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit vorsieht. Trotzdem diesem Gesetz mancherlei Mängel anhaften, stellt es doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand dar.

Eine längere Debatte zeitigte der Senatsantrag auf Errichtung dreier neuer Oberlehrerstellen an der Realschule zum Dom. Es gab eine Reihe Redner, die gewichtige Gründe gegen diesen Antrag geltend machten. Zum Leidwesen des Senators Kulenkamp — er war sichtlich aufgebracht — wurde Kommissionsberatung beschlossen.

Die übrigen Tagesordnungspunkte waren nicht von erheblicher Bedeutung.

Moderne Sklaverei. Bekanntlich werden auf vielen Gütern des lübschen Landgebiets und des Fürstentums Lübeck von den Agrariern mit Vorliebe ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Vermittlung der Arbeitskräfte erfolgt durch die Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle in Berlin SW. Die Leute müssen einen von dieser Zentralstelle ausgearbeiteten Verpflichtungsschein — der streng geheim bleiben soll — unterzeichnen, von denen uns der bekannte günstige Wind ein Exemplar auf den Redaktionstisch hat flattern lassen.

Wir entnehmen demselben, daß die Arbeitnehmer sich verpflichten, die ihnen zugewiesenen Arbeiten mit Treue und Fleiß auszuführen und unbedingten Gehorsam zu üben. Von dem Tagelohn, der für Männer und starke Burschen, die mähen können, zwischen 80 Pfg. und 1,40 Mk. und für Frauen, Mädchen und Burschen zwischen 60 Pfg. und 1,20 Mk. schwanken, werden drei Mark des Lohnes der ersten 10 Wochen einbehalten und erst bei ordnungsmäßigem Abgang des Arbeiters ausbezahlt. Die festgesetzten Akkordlöhne sind außerordentlich niedrige. Wir wollen hier nur ein Beispiel zur Charakterisierung anführen: Für Hacken von ¼ Hektar Kartoffeln werden 3 Mk., sage und schreibe drei Mark bezahlt. An Naturalien werden gewährt pro Woche: 10 Pfd. Brot für Männer, 8 Pfd. Brot für Frauen, Mädchen und Burschen, 1 Pfd. Gerstengraupen oder Reis, 1 Pfd. Hülsenfrüchte, 1 Pfd. Mehl, 1 Pfd. Schweinefett, 1 Pfd. Fleisch oder 70 Pfg. Fleischgeld nach Wahl des Arbeitgebers (!!), 25 Pfd. Kartoffeln, 7 Liter Magermilch oder 3½ Liter Vollmilch — täglich 1 bezw. ½ Liter — oder süßen Milchkaffee, ½ Pfd. Salz. Außerdem wird gemeinschaftliche Wohnung, nach Geschlechtern getrennt, gewährt. Zum Essenkochen einschl. Kartoffelschälen, Reinigung der Wohn- und Schlafräume und der Wäsche wird vom Arbeitgeber eine weibliche Person be-

stimmt, welche dafür ½ Stunde früher Mittagspause machen darf. Daß sie in dieser Zeit kein ordentliches Essen kochen und daneben noch die anderen Hausarbeiten verrichten kann, liegt auf der Hand. Wer während der Vertragszeit aushält, bekommt Reisegeld von und zur Heimat gewährt. Daß diese Bestimmung häufig zu einer Falle für den Arbeiter wird, ist für jeden klar. Die Arbeitszeit währt von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Wer erwerbsunfähig krank wird, verliert den Anspruch auf Lohn, erhält jedoch Naturalien, wenn er nicht in ein Krankenhaus überführt wird.

Aus vorstehendem Auszug geht hervor, unter welchen traurigen Zuständen die ausländischen Arbeiter ihre Ware Arbeitskraft verkaufen müssen. Wie ein Stück Vieh werden sie verhandelt, um dann unter gerade schweren Umständen von früh bis spät sich abzurackern. Auch für diese armen Leute wird einmal eine bessere Zeit kommen, dafür wird schon die Sozialdemokratie sorgen!

Personalien. Der Senat hat den Lotsen Ernst Wachtel auf sein Ansuchen zum 31. Dezember 1912 aus dem lübeckischen Staatsdienste zu entlassen beschlossen.

Von den Pilzen. Es war zu erwarten und so ist es auch gekommen, daß das feuchte Wetter ein Pilzjahr bringen mußte. Selbst in den trockensten Wäldern schimmern die farbigen Tupfen aus dem grünen Grase und aus dem Grunde morscher Baumstrünke. Will man Pilze aber in Massen sehen, so muß man Mischwälder mit viel Unterholz und feuchtem Boden aufsuchen. Dieselbe Nässe, die unseren Kulturen in diesem Sommer unermeßlichen Schaden zugefügt hat, kam den Pilzen recht gelegen. Streift man durch das Unterholz, so sieht man sie stellenweise zu hunderten auf kleinem Raume vereint, Wälder im Walde bildend. Ihre Standorte sind nicht wahllos. An gewissen Stellen herrschen die Fliegenpilze vor, an anderen eßbare Steinpilze oder verdächtige Täublinge und Boviste. Morsche Baumstrünke sind fast regelmäßig von dichten Herden des giftigen, gelben Schwefelkopfes umgeben. Wir treffen bald Stellen, an denen ein Blutbad unter den Pilzen angerichtet zu sein scheint; ausgerissen liegen zahlreiche Pilze auf dem Boden. Nicht weit davon pflegen wir auch die Ursache zu erkennen, Pilzsammler mit Säcken oder Körben, die wieder zu Boden werfen, was ihnen nicht gefiel. Wir haben gerade wieder eine jener traurigen Zeitungsnachrichten über Vergiftungen durch Pilze gelesen und wir beobachten die Sammler mit gemischten Gefühlen. Trägt nicht dieser oder jener den Tod mit sich heim? Mancher verrät in seinem ganzen, ruhigen Gehaben den geübten Sammler, andere wieder sind Neulinge und man möchte sie warnen vor den oft wundervoll lockenden Pilzgestalten. Die Häufigkeit der Pilzvergiftungen in diesem Jahre ist kein Zufall. Die Pilze sind infolge der Nässe in ungeheurer Ueppigkeit aufgetreten. Das ist eine Ursache. Die Teuerung ist die andere, den selbstgesammelte Pilze kosten nichts. Auch der alte, durch neuere Untersuchungen widerlegte Glaube an die Nahrhaftigkeit der Pilze spielt eine Rolle. Und noch eins kommt hinzu. Die populäre Literatur auch über die Pilze ist enorm gewachsen. Für ein Spottgeld und selbst gratis gibt es buntfarbige Bilderbogen mit den Abbildungen eßbarer oder auch giftiger Pilze. Was kann nun nun einfacher sein, als mit Hilfe solcher Bilder im Walde eßbare Pilze zu erjagen, denken viele, aber sie denken falsch. Die Urheber jener Bilder wissen genau, welche sie meinen, aber der Laie sieht nicht mit ihren scharfen Augen und er kann nach der Abbildung zwei einander recht ähnliche Pilze, von denen der eine giftig, der andere eßbar ist, nicht sicher unterscheiden. Er glaubt nun aber, es tun zu können, und darin liegt die Gefahr. Alle bekannten Volksmittel, mit deren Hilfe giftige Pilze von eßbaren sollen unterschieden werden können, sind nicht verläßlich. Nimmt man sich zum Beispiel auch vor allen Pilzen mit angefaulten Stellen, mit klebrigen Köpfen und verdächtigen Gerüchen in acht, so kann man doch dem Knollenblätterschwamm ins Garn gehen, der oft in mädchenhafter weißer Unschuld erscheint, glatt und sauber ist und dessen Verwechselungen mit dem Champignon jedenfalls die meisten Todesfälle verschuldet. Denn bei diesem Pilze versagt auch das Abkochen und Fortgießen des Abkochwassers, das sonst viele Pilze in der Tat entgiftet. Nicht vor Pilzen soll gewarnt werden, nur vor dem fahrlässigen Selbsteinsammeln. Wer dabei keinen erfahrenen Pilzsammler an der Seite haben kann, dem kann das beste Buch mit den besten Bildern nichts helfen — er lasse unbedingt die Hände davon!

Güterrechtsregister. Am 16. September 1912 ist bezügl. der Ehe des Kaufmanns H. J. F. Brockstedt und E. A. M. geb. Hellmann in Lübeck eingetragen: Durch Vertrag vom 19. August 1912 ist Gütertrennung nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches vereinbart.

Handelsregister. Am 16. September 1912 ist eingetragen bei der Firma Lychenheim u. Falck in Lübeck: Die Prokura des Kaufmannes Friedrich Wandschneider in Lübeck ist erloschen. Prokura ist erteilt der Ehefrau M. B. Falck geb. Marcus in Lübeck.

pb. **Gottesgeldschwindlerin.** Festgenommen wurde ein Dienstmädchen, das sich in mehreren Fällen des Gottesgeldschwindels schuldig gemacht hat. Zum Zwecke der Täuschung legte es selbstgefertigte Zeugnisse vor. Das Mädchen ist schon einmal desselben Vergehens wegen vorbestraft.

pb. **Schlimme Folgen eines Streites.** Am verflossenen Sonntag wurde vor einem an der Fackenburger Allee belegenen Tanzlokal ein Monteur derart mißhandelt, daß er schwerverletzt ins Allgemeine Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Täter, zwei hiesige Arbeiter, wurden festgenommen.

pb. **Wem gehören die Sachen?** Am 16. ds. Mts. nachmittags ist in der ersten Wallstraße ein Sack, enthaltend ein Paket und einen Karton mit Frauenkleidungs- und Wäschestücken, Kinderkleidungsstücken, Fußbekleidungsstücken usw. gefunden worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sachen aus einem Diebstahl herrühren.

pb. **Der fällige Fahrraddiebstahl.** Am 16. ds. Mts. gegen 12 Uhr mittags ist vor dem Hauptpostgebäude ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse, fast gerader Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 2425 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Auf der Glocke befindet sich die Aufschrift: „Frisch auf".

Stadtbibliothek. Nach § 19 und 20 der Ordnung für die Benutzung der Stadtbibliothek sind alle aus derselben entliehenen Bücher, für welche die sechswöchentliche Leihfrist abgelaufen ist, zu der jährlichen Revision während der Tage vom 16. bis 21. September zurückzuliefern.

Hamburg. Pestgefahr im Hamburger Hafen. Das Medizinalamt erläßt folgende Bekanntmachung: „Auf einem englischen, von Rosaria (am Rio de la Plata) hier eingetroffenen Dampfer sind zwei Pestfälle vorgekommen. Der erste Fall hat tödlich geendet; der zweite Kranke befindet sich im Quarantänelazarett zu Groden. Der Dampfer hat Hamburg und Kuxhaven bereits wieder verlassen. Alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. Zur Beunruhigung der hiesigen Bevölkerung liegt kein Anlaß vor." — Der Name des betreffenden Schiffes wird verschwiegen, wie die Medizinalbehörde überhaupt in der ganzen Angelegenheit großes Stillschweigen bewahrt. Sonderbarerweise wurde am Sonnabend der tödlich verlaufene Fall ganz abgeleugnet und nur von einer pestverdächtigen Erkrankung gesprochen, obgleich man bereits wußte, daß tatsächlich Pest vorlag. Daß derartige Verheimlichungen zur Beruhigung des Publikums dienen, kann nicht behauptet werden, wie man aus früheren, aus ähnlichen Anlässen erfolgten Dementis wohl wissen wird. Sowohl hier als auch in Kuxhaven war die Einschleppung der Pest durch Schiffsbedienstete bekannt. Es kursierte das Gerücht, daß vier Personen schon an der Pest gestorben seien und die ganze Besatzung unter Quarantäne genommen ist. Demnach war es Pflicht der Presse, das Publikum durch wahrheitsgemäße Mitteilungen zu beruhigen und zu berichten, was wahr und was unrichtig an dem Gerücht ist. Auch heute noch wird im Hafen behauptet, daß sich das betreffende Schiff noch unter Quarantäne befindet, was, wie aus obiger Mitteilung der Medizinalpolizei hervorgeht, von der Behörde verneint wird.

Hamburg. Folgenschwerer Zusammenstoß zwischen Automobil und Straßenbahn. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonnabend abend in der Annenstraße in St. Pauli. Dort fuhr das dem Bauunternehmer Schmidt gehörende Privatautomobil der Altonaer Grenze zu. In dem Auto befand sich außer dem führenden Chauffeur der in der Friedensallee 36 wohnende Buchhalter Reinhold. Dieser sollte den bei der Firma beschäftigten Leuten den Lohn auszahlen und hatte zu diesem Zwecke 10 000 Mk. bei sich. Als das Auto durch die Annenstraße fuhr, stieß es mit einem von Altona kommenden Straßenbahnzug der Linie 31 zusammen. Das Automobil wurde direkt auseinandergerissen und umgeworfen, während der Vorderperron des Motorwagens gleichfalls schwer beschädigt wurde. Unter den Trümmern des zusammengefahrenen Autos wurde Reinhold bewußtlos hervorgezogen. R. hatte, wie durch einen herbeigerufenen Arzt alsbald festgestellt wurde, außer einer schweren Gehirnerschütterung noch mehrere erhebliche Verletzungen und Brüche erlitten. Man schaffte den Verunglückten sofort ins Hafenkrankenhaus. Sonderbarerweise kam der Chauffeur des Schmidtschen Autos unverletzt davon. Auch der Motorwagenführer, sowie die auf dem Vorderperron stehenden Fahrgäste des Motorwagens erlitten nicht unerhebliche Verletzungen.

Kiel. Preßprozeß. Das Schöffengericht verurteilte den Genossen Bielenberg als verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" in Kiel wegen Beleidigung durch die Presse zu 150 Mk. Strafe ev. 15 Tagen Gefängnis. Die Beleidigung soll in einem Artikel enthalten sein, den die „Volkszeitung" veröffentlichte und in dem gesagt wurde, der Polizist Dähne und der Kontrolleur der Wach- und Schließgesellschaft, Gassau, beide in Itzehoe, hätten einen epileptisch veranlagten Menschen, als er auf der Straße einen Anfall bekam, mit Fäusten geschlagen. In der umfangreichen Zeugenvernehmung bestritten die beteiligten Personen, nämlich der Polizist und der Kontrolleur, sowie einige Schüler, daß der kranke Mann mit Fäusten geschlagen worden sei. Andere Zeugen bestätigten dagegen das in dem Artikel Behauptete. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht. Die Aussagen zweier Zeugen, die die Behauptungen des Artikels eidlich bestätigten, wurden dadurch abgetan, daß man in der Urteilsbegründung erklärte, die Zeugen ständen mit dem Artikel in Verbindung, deshalb könne man ihrer Aussage nicht folgen. Das geschah, trotzdem Genosse Bielenberg ausdrücklich versichert hatte, daß beide Zeugen mit dem Artikel garnichts zu tun gehabt hätten.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Kuxhaven. Die Folgen des Fleischwuchers. Die Kuxhavener Hochseefischerei verteilt nach drei dividendenlosen Jahren zum ersten Male 10 Prozent Dividende. Dieses Resultat wird auf den steigenden Fischkonsum zurückgeführt, der infolge der Fleischteuerung und der Begünstigung des Fischverkaufs durch eine Reihe Gemeinden zu verzeichnen ist. — Nicht genug also, daß unsere wahnsinnige Wirtschaftspolitik die Not des Volkes aufs höchste steigert, verschuldet sie es auch noch, daß die Fischreedereien gewaltige Profite aus dieser Notlage ziehen. Der gesteigerte Fischkonsum verursacht naturgemäß eine Steigerung der Fischpreise, die die Konsumenten, das heißt die breite Masse des Volkes, zu zahlen haben. Wir haben es in der Tat herrlich weit gebracht!

Bremerhaven. Achtung! Maschinisten! Die Maschinisten der Fischdampfer von Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Maschinisten der Fischdampfer fordern eine gerechte Regelung der Löhne und ihrer Dienstverhältnisse. Nach Beschluß des Reedervereins müssen Maschinisten, die ihre Stellung bei einer Reederei aufgeben und bei einer anderen anfangen wollen, wieder zu dem niedrigsten Heuersatz anfangen. Kein Maschinist lasse sich verleiten, nach benannten Orten Stellung auf Fischdampfern anzunehmen, auch dann nicht, wenn von den Fischdampfer-Reedereien glänzende Angebote gemacht werden, da dieselben Angebote nicht von Bestand sind.

Helgoland. Zum Untergang des Torpedobootes. Noch sind weitere Einzelheiten darüber, wie sich das Unglück ereignen konnte, nicht bekannt. Die lakonischen Meldungen lauten: Das Torpedoboot „G 171" wurde während der Flottenübungen südwestlich von Helgoland von dem Linienschiff „Zähringen" bei einem Durchbruchsversuch überrannt und durchschnitten. Es hielt sich noch etwa 15 Minuten über Wasser und sank dann. Von der 82 Mann starken Besatzung sind nach den bisherigen Feststellungen sechs ertrunken, ein Siebenter starb bei Wiederbelebungsversuchen. — Sieben Todesopfer hat also das Kriegsspiel gefordert. Hoffentlich erfolgt eine sorgfältige Untersuchung, damit die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden können. Überrannt und durchschnitten. Ein Boot mit 82 Menschenleben. Wir sind doch nicht im Kriege, daß wie wild drauflos gefahren werden muß. Das Torpedoboot selbst lief bei 14 000 indizierten Pferdestärken 34,6 Seemeilen in der Stunde.

Standesamtliche Nachrichten

vom 8. bis 14. September 1912.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

28. August. Händler J. H. W. Dierk.
1. September. Arbeiter O. A. Nestler. Tischler M. Meinke. 2. Kaufmann F. J. H. Giesenberg. Techniker E. F. M. Wismar. 3. Arbeiter E. F. Evers. Ingenieur J. Th. W. Knudsen. 4. Handlungsgehilfe H. N. D. Möller. 5. Kaufmann W. G. K. Wilke. Viehhändler F. G. A. Gipp. 6. Schmied F. D. H. Heitmann. 7. Privatmann H. F. W. Eggert. Oberkellner W. Gripp. 8. Arbeiter W. K. H. Bernier. Geschäftsreisender E. A. O. Müller. 9. Arbeiter H. H. K. Mühlenbach. Steinsetzer W. F. H. L. Scharp. Handlungsgehilfe E. R. W. Oberfeld. Kaufmann J. H. F. Rohbran. Arbeiter P. Rott. 10. Kustos K. H. F. J. Henck. 11. Bäcker W. Rosemann. 12. Schlosser B. J. F. Inze. 13. Maler H. R. J. Kulbach. Arbeiter E. F. H. Steffen.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

2. September. Bäckermeister J. A. F. Dammann. 4. Steinmetz A. Schmitt. Arbeiter W. H. A. Evers. 7. Zimmermann E. J. H. Chr. Burmeister. Arbeiter W. F. H. Th. Ahlers. Eisenbahn-Expeditionsgehilfe H. F. S. Schark. Stations-Schaffner C. H. C. Attmer. 8. Handlungsgehilfe G. F. A. Floto. Güterbodenarbeiter F. J. Chr. Moll. 9. Kutscher F. A. G. Torbahn. Müller W. L. A. Wahls. 10. Schlosser J. F. Chr. Lorenz. Lithograph H. R. K. Giese. 11. Straßenbahnführer L. G. C. Koop. 12. Regierungsrat, Doktor der Rechte F. A. Linde. 13. Arbeiter F. F. A. Peters. 14. Arbeiter J. J. F. Klockmann.

Angeordnete Aufgebote.

9. September. Lehrer H. F. W. K. Gieseler und H. M. Dammeyer. Zimmergehilfe W. H. H. Möller und F. S. E. Borchert, beide in Travemünde. Butterhändler O. H. Weber und F. D. Braasch, beide in Schwartau. Straßenbahnführer W. J. H. Barnekow und A. M. L. Scheefe in Hülseburg. Schornsteinfeger H. Kahl in Oldesloe und E. Chr. L. Pentz in Schwaberow. Sergeant P. F. L. W. Steusloff und M. F. H. K. Hamann in Wichmannsdorf. Klempner P. M. A. F. Jabusch und J. E. K. J. Timmermann, beide in Grimmen. 10. Malergehilfe P. H. H. Gatermann und R. Chr. J. F. Schädel, beide in Stockelsdorf. Postassistent A. Beck und E. L. M. Zufall, beide in Hamburg. Bureaugehilfe W. F. H. Lankau und M. M. M. Peters in Schwarzenbek. Kaufmann F. J. A. Wilde und F. A. M. Wendt in Wismar. Arbeiter K. H. F. Buthmann und M. Haegely in Hamburg. Schlossergeselle E. A. J. Schlichting und M. D. S. E. Prahl in Krempelsdorf. Schmiedegeselle P. J. W. Rohloff und F. Ott in Schönberg i. M. Arbeiter H. A. A. Sindt und M. W. A. Burmann. Zahnarzt A. A. F. Ehricke in Charlottenburg und W. B. C. R. Konietzko in Wittdün. Schlachter P. W. A. Bergemann in Marlow und E. J. M. D. Simon in Sülze. 11. Schlossergeselle J. Gross und E. E. K. Bähnke. Maschinenschlosser F. G. A. Oldenburg und A. M. M. Mundt. Arbeiter J. F. Chr. Bremer und M. S. K. H. Utermöhl. Arbeiter J. H. F. Jäger und A. Klaudat, beide in Vorwerk. Werftarbeiter J. W. H. Schroeder und L. D. C. Knoll. Ingenieur A. H. F. Böhme und A. J. Hippe. 12. Glaser O. A. E. Röpnack in Ratzeburg und S. K. E. Hack. Fabrikant J. F. H. Rother in Rathenow und M. M. G. Andersen. Bauunternehmer J. W. H. Heuer und M. H. Heins. Geschäftsreisender K. H. J. Warncke und M. K. D. Wiegers. Milchhändler F. F. R. Meyer und F. M. B. Sinner in Rostock. Arbeiter F. Unteutsch und J. M. Schröder in Stockelsdorf. 13. Kellner H. Horlamus und M. F. Dietrich, beide in Hamburg. Brauer K. T. Kunst und A. C. Wilder in Burg a. F. Maschinist A. M. W. Schaeding und K. E. M. Cavier in Seedorf. Chauffeur H. Vollstädt und D. M. M. Kohwitz in Travemünde. Vormann H. G. M. Ploog in Travemünde und K. E. D. Krellenberg. Bauführer O. H. F. David in Wismar und H. S. David. Hausmeister H. C. J. Grambow und E. F. A. Lehsten. 14. Telegraphen-Vorarbeiter W. J. H. Bartels und W. M. E. E. Harz. Lotse E. A. Beuthien in Travemünde und M. K. S. Fedderu. Kellner F. W. A. Güldner und H. G. Frenger. Arbeiter A. Gronau und A. L. M. Prüter. Goldschmied O. P. König und J. W. C. Busch in Kiel. Eisenbahn-Telegraphist J. J. H. Reppenhagen in St. Georgsberg und A. M. L. E. Schmahl in Grevesmühlen.

Eheschließungen.

9. September. Buchdrucker F. W. A. H. Schröder und J. F. E. Torbahn, beide in Dömitz. 10. Flußschiffer J. H. C. Stallbaum und M. A. J. Pulst. 14. Kaufmann W. F. Stolt in Neuhof bei Reinfeld und E. J. K. W. Haack. Eisenbahn-Diätar E. F. J. Witt und E. C. W. A. Bätcke. Klempnergeselle J. G. J. Möller und F. D. E. Bohnsack. Schuhmachermeister J. H. C. Leopold und Witwe M. A. L. Peuss geb. Leipold. Werkmeister O. P. H. Schröder und D. S. D. Schröder. Bäcker F. O. Schröder in Kiel und F. M. J. Aßmann. Matrose H. O. Lahme und A. W. D. Schumacher. Arbeiter E. A. Wehrend und F. J. K. Russow.

Sterbefälle.

4. September. H. G. E. Koplin, 1 M. 7. W. M. F. Lammers, 83 J. Tischler A. A. H. Potenberg, 50 J. M. E. Scharf, 8 Std. 8. J. W. H. Schwarz, 9 M. 10. Ch. D. geb. Reese, Ehefrau des Schmieds F. J. H. Zieriacks, 37 J. (Cashagen). A. J. Schivelbein, 77 J. Arbeiter Ch. C. F. Bendtfeld, 78 J. Grenadier der 11. Kompagnie Grenadier-Regiments Nr. 89 (Lehrer) F. W. Bauer, 22 J. (Schwerin). 11. M. Koop, 3 Std. U. H. W. Closs, 13 J. Tischlerlehrling F. W. J. H. Stahl, 15 J. (Vorwerk). W. K. F. Schöning, 3 M. M. A. D. geb. Tarnow, Ehefrau des Arbeiters F. Ch. M. Diekmann, 62 J. 12. Privatmann J. J. F. Wöhlert, 73 J. B. W. F. Stahl, 2 J. A. D. L. B. geb. Dose, Witwe des Königlichen Baurats E. R. M. Lauenroth, 57 J. Arbeiter H. J. A. Klatt, 61 J. (Sülsdorf). 13. Privatmann H. J. Ch. Fürss, 64 J. (Rehna i. M.) Lehrer J. G. Lange, 50 J. 14. L. C. Ch. geb. Busch gen. Sternberg, Ehefrau des Fischhändlers J. J. P. H. Kranz, 44 J. A. M. E. geb. Becker, Witwe des Majors a. D. G. A. J. Mahncke, 51 J. S. Ch. A. geb. Koop, Ehefrau des Arbeiters J. J. D. Reimers, 70 J.

Schiffsnachrichten.

D. „Aeolus" ist gestern früh von Kalmar auf hier abgegangen.
D. „Juno" kam gestern früh in Rotterdam an.
D. „Aegir" ging Sonntag mittag von Kotka auf hier ab.
D. „Gustav Wasa" ist gestern vormittag von Oscarshamn auf hier abgegangen.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Vom Kohlen-Dampfer Brietzig . . . . . 5,38 Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Für das Jugendheim gingen ein:
Vom Verband der Böttcher . . . . . 5,00 Mk.
Vom Dampfer „Uffo" . . . . . 10,05 „
Von G. K. . . . . 25,00 „
Der Jugendausschuß.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für die zu unserer Vermählung uns freundlichst gesandten Glückwünsche und kostbaren Geschenke sagen wir hiermit verbindlichsten Dank. (3376

Schlutup, im September 1912.

Emil Pehrson und Frau
Dora, geb. Kröger.

Gestern morgen entschlief nach längerem Leiden

Johann Kemp, gen. Gertz

im 62. Lebensjahre.

Im Namen der Angehörigen
Max Pagel.

Die Trauerfeier beginnt am Donnerstag 4¼ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. (3362

Junges Mädchen sucht zum 1. Oktober eventl. Novbr. Stellung als Kontoristin, geübt in Stenographie und Schreibmaschine. Ang. unter **W M 16** an die Exp. (3371

Ordentl. Laufmädchen gesucht.
3363) Percevalstraße 20, I.

Tüchtige Arbeiterinnen
werden gesucht. (3382
Fischkonservenfabrik
Heinr. Ihde Nchfl.

Gesucht Mädchen, welches kons., für nachmittags (3379
Frau Witt, Gertrudenstr. 3 c.

Gesucht eine **Frau** zum Kartoffel-Säcke-Flicken. Daselbst 100 leere Zigarrenkisten zu verkaufen.
3375) Geverdesstraße 17.

Ein Zimmer für 1 oder 2 junge Leute zu vermieten.
3387) Obertrave 13, part.

---

1 leeres Zimmer mit Bodenraum zum 1. Oktober zu vermieten.
3384) Geverdesstraße 42, II.
Zu erfragen Sedanstraße 2.

Ein noch gut erhaltener **Jünglings-Paletot** zu verkaufen.
3372) Hüxstraße 122 9.

Ein fast neuer Gasheizofen billig zu verkaufen. (3368
Lindenstraße 11a. II.

---

2 engl. Bettst. m. Sprungfederm., neu. Empfehle mich für reelle Polster- u. Tapezier-Arbeiten. (3370
C. Becker, Langer Lobberg 26.

Mandoline u. alte Nähmaschine zu verkaufen.
3367) Friedenstraße 89. I.

Noch neue amerikanische **Harfen-Zither** preiswert zu verkaufen.
3366) Schwönekenquerstr. 32.

---

1 Gaskocher billig zu verkaufen.
J. Westphal, Engelswisch 16.

Ein altes Sofa zu verkaufen, Preis 5 Mk. (3377
Wickedestraße 30, part.

Küken zu verkaufen.
3369) Sülzenstraße 8, part.

Zu kaufen gesucht:
ein eisern. Herd. (3378
Offert. unt. **H M** an die Exp. d. Bl.

Zu kaufen gesucht **ein Kinder-Stockwagen,** mittlere Größe. Ang. mit Preis unter **O D** an die Exp. dieses Blattes. (3365

Gesucht zum 1. Oktober 500 Mk. als Hypothek nach 4200 Mk., beschw. 5800, Brandkassenw. 4717. Angeb. unt. **W 28** an die Exp. d. Bl. (3385

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Zwetschen
10 Pfd. Mk. 1.—
100 Pfd. Mk. 9.— 3352
bei 100-Pfd.-weise frei Haus.
Postkarte genügt.
A. Peters, Mittelstraße.

Zwetschen
10 Pfd. Mk. 1.—
100 Pfd. Mk. 9.— 3351
bei 100-Pfd.-weise frei Haus.
Postkarte genügt.
J. Wulf, Dornestr. 19-19a.

Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.
Von Dr. E. Gebert.
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von **Hans Kraemer** in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrass 46.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
3307) empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abraisanden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (180

Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
2425) **Fernruf 2336**
empfiehlt täglich frische
ff. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Dickmilch, Pimpkäse.

Verband d. Maler!

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 18. September
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Kartellbericht. Besprechung des neuen Regulativs.
2. Agitation.
3. Verschiedenes.

3373) **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Bezirks- u. Werkstätten-Vertrauensleute-Sitzung
am Freitag, dem 20. Septbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
3358) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.

Die Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 18. September, findet nicht statt.

3381) **Der Vorstand.**

Gebr. Zachow
Krempelsdorfer Allee 38.
Grabdenkmäler
nach eignen und selbst gelieferten Entwürfen in jeder Ausführung (2862
bei billigster Berechnung.

Institut für Elektro- u. Mechano-Therapie.
Naturheilanstalt.
Friedrich-Wilhelmstr. 1. Lübeck Fernsprecher 3142.
Aerztliche Leitung. Prospekt gratis.
(3132

Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken
empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen

Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Weltteilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Friedr. Meyer & Comp.
Johannisstraße 46.

Achtung!
Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung finden die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen jeden zweiten Mittwoch nach dem ersten und jeden zweiten Mittwoch nach dem 15. eines jeden Monats statt.

Somit wird die nächste Versammlung am Mittwoch, dem 25. September, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52, abgehalten.

3383) **Die Ortsverwaltung.**

Hansa-Theater.
Abends 8½ Uhr:
Phänom. Dressur-Akte
Mr. Kretons dress. Hunde
Maxims dressierte Menschen-Affen
und 10 Attraktionen.
Ab 11 Uhr: KABARETT.
Neue Kräfte.
Entree frei. 3354

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 17. September:
2. Vorst. im Voll-Abonn.
1. Vorst. im Dienstags-Abonn.
Ein Sommernachtstraum
v. Shakespeare, Musik v. Mendelsohn
Mittelpreise.
Mittwoch, den 18. September:
Glaube und Heimat
von Karl Schönherr.
Kleine Preise. (3374
Donnerstag, den 19. September.
Figaros Hochzeit.
Von Mozart. **Große Preise.**
Der Tagesverkauf, sowie die Ausgabe der Abonnementskarten finden von 11—2 Uhr an der Theaterkasse (am Haupteingang, Beckergrube) statt.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 218. Dienstag, den 17. September 1912. 19. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag.

In dem Vorort Altendorf erhebt sich das gewaltige Gebäude der Sporthalle. Hier wird der Chemnitzer Parteitag feierlich eröffnet. Das erinnert an den Nürnberger Parteitag, der in der imposanten städtischen Festhalle im Luitpoldheim im äußersten Süden der alten Reichsstadt seinen Anfang genommen hatte. Und auch in der sächsischen Weberstadt drängen sich die Massen in ungeheurem Ansturm gegen die Sporthalle, die zwar 7000 Menschen faßt, aber natürlich lange nicht all den vielen, die Eingang finden wollten, Zutritt gewähren kann.

Die riesige Halle ist geschmackvoll ausgeschmückt. An den Wänden und an der Decke Fahnen und Embleme. Der Haupteingang ist in den Farben der Stadt Chemnitz, blau und gelb, gehalten und ein großes leuchtendes Bild zeigt das Emporsteigen der Morgensonne. Die Halle wird beherrscht von der 4 Meter hohen Rednertribüne, die ein Baldachin überdeckt. Die Brüstung der Rednerestrade ist auf dunkelgrünem Grunde drapiert. Rote und weiße Farben geben dem Ganzen eine würdige Umrahmung. Neben der Rednertribüne grüßt das Chemnitzer Parteibanner: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Gegenüber steht in mächtiger Fraktur die alte Parole der Unterdrückten: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Kernige Sprüche zieren die Wände. Im Saal sind die Gewerkschaftsbanner verteilt und die Sinnbilder der Handwerke.

Kurz nach 7 Uhr erbrausen die mächtigen Klänge des Uthmannschen Liedes „Gebt Raum", vorgetragen durch den Bezirkssängerbund von Chemnitz und Umgegend. Im Anschluß daran gelangt zur Uraufführung der „Ritt zur Freiheit" von Büttner-Dresden, dirigiert vom Komponisten selbst.

Zur Begrüßung des Parteitags nimmt dann das Wort der Zentralvorsitzende des 16. Reichstags-Wahlkreises Müller-Chemnitz: Verehrte Festversammlung, Genossen und Genossinnen! Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, die Sendboten des deutschen Proletariats in Chemnitz zu begrüßen. Als wir Sie im vorigen Jahre in Jena nach Chemnitz einluden, glaubten wir Sie im größten Chemnitzer Lokal, im Kaufmannsschen Vereinshaus, empfangen zu können. Aber wir haben die Personen, die darüber zu entscheiden haben, zu hoch eingeschätzt. Man hat uns das Lokal verweigert, wie auch, nebenbei bemerkt, ein Fest auf dem Schloßteich. Wenn man aber geglaubt hat, den Parteitag dadurch illusorisch zu machen, so hat man sich geirrt. Nicht wir sind die Geschädigten, sondern das Vereinshaus, das die geforderte hohe Miete sicher sehr gut hätte brauchen können. (Heiterkeit.) Chemnitz ist die Stadt der Arbeit. 120 000 Proletarier schaffen hier Werte im Dienste des Kapitalismus. Ein großes Stück Arbeitergeschichte hat sich in Chemnitz abgespielt. Aus Chemnitz und seiner Umgebung sind die ersten sozialdemokratischen Vertreter in das Parlament des Norddeutschen Bundes und dann den Reichstag entsandt worden, so vor allem Bebel von Glauchau-Meerane. Die erste sozialistische Landeskonferenz der Eisenacher Partei fand 1870 in Chemnitz statt. Sie wurde überrascht durch die Kriegserklärung und nahm eine Resolution gegen den Krieg an. Redner schildert eingehend die Entwicklung der Chemnitzer Parteipresse und erinnert an ihre früheren Leiter Most und Vahlteich und an die Entwicklung der Parteibewegung im 16. Reichstagswahlkreis. Zur Zeit des Sozialistengesetzes ganz darniedergeworfen, besitzen die Chemnitzer heute ein glänzendes Druckereigebäude, eine Zeitung mit 60 000 Lesern, der Wahlverein zählt rund 14 000 Mitglieder, allein während des letzten Wahlkampfes haben wir 5000 neue Mitglieder gewonnen. Die Gewerkschaften zählen 40 000 Mitglieder, eine starke Genossenschaft ist vorhanden, wir haben ein eigenes Heim für die Gewerkschaften, das Volkshaus, das sich leider für unsere Tagung als zu klein erwies. Das alles beweist, daß die Chemnitzer Arbeiterschaft zu kämpfen verstanden hat. Über allen Wahlkreisen des Chemnitzer Bezirks flattert das rote Banner. (Lebhafter Beifall.) Die Chemnitzer Arbeiterschaft hofft, daß dieser Parteitag wichtige Beschlüsse fassen wird gegen Zuchthauskurs und Rüstungswahnsinn, daß er neue Waffen für den Kampf schmieden wird. Glückauf zur Arbeit! In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Für den Parteivorstand nimmt das Wort:

Haase: Genosse Bebel, der schon seit mehreren Tagen in Chemnitz weilt, während dieser Zeit in bewundernswerter Frische und Arbeitskraft eine anstrengende Tätigkeit im Dienste der Partei entwickelt hat und auch an den Verhandlungen des Parteitags teilnehmen wird, ist zu seinem eigenen Bedauern nicht in der Lage, heute hier die Eröffnungsrede zu halten. Wir mußten uns überzeugen, daß diese Kraftleistung ihm nicht zuzumuten war. Hier in Chemnitz hat Bebel 1866 die Sächsische Volkspartei gegründet und ein Programm entworfen, das bei Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 wesentlich zur Grundlage von deren Programm gemacht wurde. Hier hat Bebel mit leidenschaftlicher Glut die Lassalleaner bekämpft und nach Beendigung des Bruderkampfes mit ihnen am 18. September 1869 eine Versammlung abgehalten, die er selbst als eine der schönsten bezeichnet, die er erlebt hat. Hier in Chemnitz hat er auch jenen denkwürdigen Prozeß durchgemacht zusammen mit Auer, Dietz, Frohme, Ulrich u. a., durch den die Regierung vergeblich versuchte, die sozialdemokratische Partei als eine Geheimpartei auf Grund des Strafgesetzbuches zu vernichten. Wie hat sich seitdem die Parteibewegung in Chemnitz entwickelt! Seit 1890 ist das Chemnitzer Mandat ununterbrochen im Besitz der Partei und nichts kann es ihr mehr entreißen. Bei den letzten Wahlen sind in den 23 sächsischen Wahlkreisen mehr Stimmen aufgebracht worden, als selbst 1903. Bis auf drei haben wir alle sächsischen Wahlkreise in diesem Kampf erobert und auch diese letzten Burgen des Kapitalismus werden fallen. Es hat vielleicht manchen gegeben, der glaubte, daß nun nach unserem so überaus glänzenden Reichstagswahlsiege sofort Gesetze geschaffen werden würden, die eine erhebliche Linderung der Not der Unterdrückten herbeiführten. Aber das erste große Gesetz, das dem neuen Reichstag vorlag, bedeutete nicht etwa eine Erleichterung der ungeheuerlichen Belastung des Volkes, sondern eine Flotten- und Heeresvermehrung war die Parole, unter der der neue Reichstag versammelt wurde. 650 Millionen wurden dem Moloch des Militarismus und Marinismus geopfert und wir müssen uns sagen, daß damit noch nicht das Ende erreicht ist. Die Lasten, die durch diese Wirtschaft den Massen aufgewälzt werden, sind schier unerträglich und die Erregung über dies Regiment dringt in immer weitere Kreise. Zu all diesen Lasten kommt hinzu die Teuerung aller Lebensmittel. Der Notstand ist so groß wie nie zuvor, aber die Regierung verharrt in kühler Ruhe, ja ihre Kundgebungen klingen wie ein blutiger Hohn auf das Darben und Hungern der Volksmassen. (Sehr wahr!) Wie stark die Erregung im Volke ist, beweist ein Telegramm, das soeben aus Stuttgart bei uns eingelaufen ist. Die Stuttgarter Parteigenossen haben, unterstützt auch von weiten Kreisen des Bürgertums, in einer großen öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel Protest erheben wollen gegen die Haltung der Regierung. Der Bürgermeister hat diese Versammlung verboten, mit der Begründung, es handele sich bei der Teuerung um eine aktuelle Frage, die nicht nur das Proletariat, sondern auch das Bürgertum interessiere und es sei daher anzunehmen, daß solche Scharen zu dem Versammlungsplatz hinströmen würden, daß die Ordnung und Sicherheit dadurch gefährdet würde — eine Anerkenntnis aus amtlichem Munde, daß die Teuerung aufwühlend wirkt, nicht nur im Proletariat, sondern auch in allen Kreisen des Mittelstandes (Sehr gut!) Das Telegramm lautet: „Polizei Versammlung unter freiem Himmel gegen Fleischnot verboten. Gegen Willen von Polizei Massendemonstrationen gegen Teuerung auf verschiedenen Plätzen von 12 000 bis 15 000 Personen, 5 Redner hielten Ansprachen, Massengesang durch die Straßen, ruhiger, wuchtiger Verlauf." (Stürm. Beifall.)

Die Regierung glaubt, mit einer verächtlichen Handbewegung über die Demonstrationen des hungernden Volkes hinweggehen zu können, sie hat nichts gelernt aus der Geschichte. Die Geduld der Massen ist auf eine harte Probe gestellt. Was die Regierung auch tun wird, schließlich wird das Volk seinen Willen durchsetzen. (Lebh. Beifall.)

Während so das Volk leidet, versuchen die Scharfmacher den Arbeitern die Möglichkeit zu beschränken, aus eigener Kraft die Lebensbedingungen zu verbessern. Wir werden die Augen offen halten und das Proletariat wird, wie es die eine Zuchthausvorlage beseitigt hat, auch die Kraft, hoffe ich, entwickeln, um alle neuen Versuche dieser Art zuschanden zu machen. (Bravo!) Neuerdings versucht die Regierung, die sich bis dahin niemals um die Jugend des Proletariats gekümmert hat, mit Hilfe der sogenannten Jugendpflege den jungen Nachwuchs der Arbeiterschaft einzufangen und von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Jede Million, die für diese Zwecke neu bewilligt wird, wird ein wuchtiger Ansporn für die Mütter der Proletariatkinder sein, nun erst recht ihre Kinder zu durchtränken mit dem Geiste des Sozialismus. (Lebh. Bravo!)

Ist so die innere politische Lage wenig erfreulich, so leben wir dauernd in der Furcht, daß eines Tages die Kriegsfurien durch das Land oder sogar durch die ganze zivilisierte Welt rasen könnten. Gegenüber dem Chauvinismus und dem Kriegsgeschrei muß unsere Parole sein: Verständigung zwischen Kulturnationen, Völkerfrieden, Freiheit für alle Völker. Mag sich auch die ganze bürgerliche Welt gegen uns verschwören, unser Siegeslauf kann nicht aufgehalten werden. Dafür sorgt schon die ökonomische Entwickelung. Wir wissen, daß der Tag erscheinen wird, an welchem unter Beseitigung der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung in einem sozialistischen Gemeinwesen all die Leiden verschwinden werden, die entspringen aus Unwissenheit und Ausbeutung. (Stürm. Beifall.)

Der Parteitag konstituiert sich. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden gewählt: Haase und Noske, zu Schriftführern Brecour-Kiel, Fahrow-Berlin, Frau Baader-Berlin, Dörnke-Hannover, Trinks-Karlsruhe, Schmidt-Stettin, Große-Hamburg, Birnkammer-München.

Ferner wird eine Mandatsprüfungskommission gewählt und die Beschwerdekommission folgendermaßen zusammengesetzt: Rüssel-Leipzig, P. Hoffmann-Hamburg, Thurow-Neu-Kölln, Dr. Süßheim-Nürnberg, Seel-Mainz, Löbe-Breslau, Müller-München, Limbertz-Düsseldorf, Hörsing-Beuthen.

Begrüßungstelegramme sind eingegangen aus der Schweiz, aus Sofia, aus Dänemark sowie von der sozialdemokratischen Jugend Nordwestböhmens und örtlichen Parteiorganisationen aus dem Reiche. Zu der Tagesordnung werden auf Vorschlag des Parteivorstandes die Punkte „die Lebensmittelteuerung" und „Bergarbeiterschutz" hinzugefügt.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Montag 9 Uhr vertagt.

Mit dem Vortrag des Liedes „Tort Folcson" von Uthmann schließt die Sitzung um 8½ Uhr.

* * *

C. B. Chemnitz, den 16. September 1912.

Erster Verhandlungstag.

Vormittags 9 Uhr.

Der Parteitag tagt im festlich geschmückten Saale des „Wintergartens". Auf dem Podium im Hintergrund stehen unter Palmen die Büsten von Liebknecht und Singer. An der mit Girlanden und roten Fahnen drapierten Galerie hängen die Wappen der Städte, in denen bisher sozialdemokratische Parteitage getagt haben.

Haase eröffnet die Verhandlungen mit Verlesung von Begrüßungstelegrammen aus Paris von russischen Genossen und begrüßt die ausländischen Delegierten.

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppius.

(23. Fortsetzung.)

„O, können Sie nicht einmal zeigen, wie sie klingt, Master?" fragte der erste schüchtern, als die musternden Blicke das ganze Aeußere überlaufen. Reichardt sah um sich; er sah niemand als die zum Boote gehörigen Arbeiter, deren Augen aber schon sämtlich auf ihn gerichtet waren — er hatte in der Gesellschaft dieser Menschen noch Tage zu verbringen, und es konnte nichts schaden, wenn er sie sich freundlich erhielt. Zudem sehnte er sich selbst nach der Langweile des endlosen Nachmittags nach irgend einer Abwechselung. Die Maschine ging ohne bedeutendes Geräusch ihren regelmäßigen Gang, und so setzte er nach kurzem Besinnen die Geige unter das Kinn und begann Vieuxtemps Yankee-Doodle, den er sich noch kurz vor seiner Abreise nach Amerika mit allen musikalischen Kunststücken und modernen Effekten eingeübt. Er hatte kaum die kurze Einleitung zu Ende gebracht und das Thema begonnen, als auch schon alles, was Menschliches im Deck vorhanden war, lautlos in seiner Nähe stand. Kaum aber arbeitete er sich durch die Effektstellen der ersten Variation, so wurde auch ein polterndes Geräusch über dem Haupt des Spielenden laut, und die Passagiere des Salons, wie zusammen aufgescheucht, kamen in langen, behutsamen Springen herbeigeeilt. Als Reichardt aufblickte, sah er einen weiten Kreis von Zuhörern mit aufgerissenen Augen, Erstaunen und Interesse in allen Zügen ausgeprägt, um sich — er brach mitten in einer Passage ab und warf einen unzufriedenen Blick auf die ungeladenen Bewunderer. Dieses plötzliche Herzudrängen kam ihm so sehr als Verstoß gegen jede gute Lebensart vor, daß er eben eine Bewegung machte, sein Instrument in den Kasten zu bergen, als ein stürmisches: „Go on! go on!" von allen Seiten auf ihn hereinbrach.

„Gentlemen, ich habe nicht daran gedacht, mich hier vor jemand hören zu lassen!" erwiderte er unmutig.

„Tut nichts! Weiterspielen!" klang es.

„Spielen Sie doch, was schadet es Ihnen denn?" hörte Reichardt des Kapitäns Stimme an seinen Ohren, „Sie machen sich ein halbes Hundert Freunde auf einmal, das ist alles!"

Der junge Mann setzte zögernd die Violine wieder an. Schaden konnte es in den Verhältnissen, in welchen er sich befand, allerdings nichts. Er nahm die Piece vom Anfange wieder auf und führte sie unter dem Todesschweigen seiner Umgebung, das nur bei einzelnen Glanzstellen von einem unterdrückten freudigen Lachen oder einem leisen Gemurmel unterbrochen wurde, mit seiner ganzen Sicherheit zu Ende.

Wütendes Trampeln und Johlen lohnte ihm, kaum legte sich aber der Spektakel und Reichardt wollte seine Geige wieder wegschließen, als er sich von beiden Seiten gehalten fühlte.

„Sie sind jedenfalls Musiker von Fach", sagte einer der eleganten jungen Männer, welche sich an ihn gedrängt, „und sicher werden Sie etwas für unsere Ladies tun, die vor Langweile sterben. Wir arrangieren heute abend einen kleinen Tanz, wenn Sie nur spielen wollen!"

Richardt wollte eben eine bestimmt abwehrende Bewegung machen, als er kräftig seine Hand gefaßt fühlte. „Tun Sie es, tun Sie es mir zuliebe!" klang wieder des Kapitäns Stimme halblaut, „ich sage Ihnen, Sie werden's nicht bereuen!" und des Deutschen Widerstand erstarb. Er hätte nach der Freundlichkeit, die ihm von dem Manne zuteil geworden, diesem kaum etwas abschlagen können.

„Ich bin nicht Musiker in dem Sinne Ihrer Worte, Gentlemen", sagte er, „und am wenigsten ist Tanzspielen meine Leidenschaft oder meine Beschäftigung. Wenn ich aber Ihrem Wunsche hier genüge, so geschieht es allein der Ladies wegen!"

„Gut, Sir! und wir werden's zu schätzen wissen!" rief der frühere Sprecher, „jetzt aber kommen Sie mit uns und lassen Sie uns einen Drink all round nehmen. Das wird doch wirklich der erste vernünftige Abend, den ich seit langer Zeit auf dem alten Kumberland-Flusse gehabt habe!"

Reichardt sah sich in das Schenkzimmer neben der Herrenkajüte gezogen, und fast wollte es ihm wirklich unter den Händedrücken, welche ihm von allen Seiten zuteil wurden, scheinen, als habe er mit einem Schlage fünfzig Freunde mehr gewonnen, wenn er auch von keinem nur den Namen kannte. —

VII.

Das Abendessen war vorüber. Reichardt stand, mit seiner Violine bereit, an einem der offenen Fenster im Salon und beobachtete den Nebel, welcher sich am Abend als dicke, fast undurchsichtige Dunstmasse auf den Fluß gelegt. Selbst die farbige Laterne am Vorderteile des Schiffes war in der geringen Entfernung nur wie ein schwach leuchtender Lichtkreis bemerkbar. Aber die aus der Damen-Kajüte hereinrauschenden Paare unterbrachen seine Beobachtungen. Die Karres stellten sich unter Scherzen und Lachen auf, und die „Reels", welche Reichardt notgedrungen in Saratoga hatte lernen müssen, kamen ihm jetzt zugute. Die Paare flogen wie elektrisiert unter seinem Bogenstrich, und das glückliche, anerkennende Nicken, welches ihm die Tänzer in den Ruhepausen spendeten, ließ ihn immer von neuem das ermüdende Opfer, welches er brachte, vergessen.

Dreimal war die Quadrille bereits zu Ende und eine Ruhe eingetreten, als der Kapitän zu ihm trat und ihn beiseite zog. „Well, Sir", sagte er, „die jungen Gentlemen erkennen Ihre Bereitwilligkeit zur Förderung des allgemeinen Vergnügens in hohem Grade an und wünschen sich ihnen dankbar zu erweisen. Sie haben mich beauftragt, Ihnen die Summe, welche sie zusammengeschossen haben, zu übergeben —"

Reichardts Hand zuckte unter der Berührung einer kleinen Rolle Banknoten, welche ihm der Kapitän zuschieben wollte.

„Tun Sie mir das nicht an, Sir!" rief er mit unterdrückter Stimme, „ich bin kein Tanzfiedler für Geld, ich bin Ihrem Wunsche gefolgt, nur um Ihnen erkenntlich zu sein —"

„Weiß es, weiß es!" winkte der andere beruhigend, „ehrlich verdientes Geld sollte aber niemand beleidigen. Ich nehme meinen Frachtbetrag, ob es für Schweine oder für Seidenzeug ist, und bei einem Musiker sehe ich nicht ein, wo der Unterschied liegt, ob er sein Geld beim Konzertspielen oder beim Tanzspielen macht."

„Es ist derselbe Unterschied, Sir", erwiderte Reichardt aufgeregt, „wie zwischen einem Niggerfiedler und einem weißen Künstler."

„Das ist es also? so! mag etwas darin liegen!" nickte der Kapitän, „es soll so sein, wie Sie sagen — aber wenn ich Sie heute abend vom Deck nach dem Salon heraufquartiere, werden Sie hoffentlich nichts dawider haben?"

„Ich werde es aber nur Ihrer Freundlichkeit anrechnen, Kapitän!"

„All right! rechnen Sie es an, wem Sie wollen, ich werde den Gentlemen Bericht erstatten." Er ging mit einem launigen Kopfnicken davon, und Reichardt begab sich wieder an seinen Platz, seine Geige ergreifend.

„Wieder erklang ein neuer „Reel", den der Deutsche nach dem Muster der früheren aus dem Stegreife spielte, wieder flogen die Paare lachend durcheinander, als plötzlich ein Stoß, ein Prasseln erfolgte, daß die Kronleuchter klirrend, die Seitenschnuren zerrissen, und die Menschen gegen die Wände taumelten. In demselben Augenblicke klang die Dampfpfeife zum Einhalten der Maschine und wurde dicht neben dem Boote von einem gleichen Signal beantwortet.

Wie betäubt, starren Schrecken im Gesicht, stand einige Sekunden lang alles, was sich eben noch so fröhlich durcheinander bewegt, bis plötzlich Leben unter den männlichen Teil der Gesellschaft kam, einzelne nach der Ausgangstür stürzten, während andere die Damen mit hastiger Zusprache

Branting-Stockholm überbringt die Grüße der schwedischen Bruderpartei. Mit der Industrialisierung Schwedens ist auch unsere Partei erstarkt. 1909 hatten wir bekanntlich einen großen wirtschaftlichen Kampf mit dem gesamten Unternehmertum auszufechten. Wir haben ihn bestanden nicht zum wenigsten dank der opferfreudigen Hilfe der deutschen Parteigenossen. Zwei Jahre später hat die schwedische Partei bei den Wahlen ihre ungebrochene Kampfeskraft bewiesen. Wir gewannen 29 Prozent aller Stimmen für uns und die Zahl unserer Abgeordneten stieg von 34 auf 64. (Bravo!) Eine Beteiligung an der Regierung, die uns die Liberalen anboten, haben wir abgelehnt. (Bravo!) Wir wünschen, daß die Liberalen nun einmal beweisen, was sie selbst für die Arbeiter zu tun in der Lage sind und sind überzeugt, daß die Entwicklung uns erneut beweisen wird, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die wirklich ernstlich die Interessen der Arbeiter vertritt. (Bravo!) Wir erblicken unsere Hauptaufgabe darin, die Arbeiter immer mehr mit Klassenbewußtsein zu erfüllen. Von den Arbeiten Ihres Parteitags erwarten wir erneut wertvolle Anregungen für das internationale Proletariat. Wir hoffen, daß die deutsche Partei noch stärker werden und daß aus Deutschland das Signal kommen wird, daß endlich die Sozialdemokratie eines Landes die politische Macht errungen hat, um das Banner der Freiheit und Völkerverbrüderung über die ganze Welt flattern zu lassen. (Stürmischer Beifall.)

Quelch-London: Ich überbringe den deutschen Genossen die aufrichtigen und warmen Wünsche der englischen Sozialdemokraten. Wir gratulieren Euch zu dem gewaltigen Sieg bei den letzten Wahlen, daß es Euch gelungen ist, ein Heer von 4¼ Millionen um das rote Banner zu scharen. Mehr als einmal schien es im letzten Jahre zu einem Kriege zwischen England und Deutschland kommen zu sollen. Glücklicherweise ist das Entsetzliche verhütet worden. Aber die Gefahr ist nicht vorüber. Die britischen Sozialisten sind fest entschlossen, für die Erhaltung des Friedens alles zu tun, was in ihrer Macht steht, wie überhaupt die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes gegen den Krieg ist. Es lebe die deutsche sozialdemokratische Partei, es lebe die internationale Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

De Brouckère-Brüssel: Die belgische Partei hat uns hergeschickt, damit wir von der deutschen Partei lernen. Sie wissen, daß in Belgien ein großer Kongreß in diesem Jahre beschlossen hat, den Generalstreik vorzubereiten: friedlich, gesetzlich, aber mächtig und unwiderstehlich. Dieser Generalstreik wäre nur zu vermeiden durch die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Aus den Massen heraus ist das unwiderstehliche Verlangen nach dem Generalstreik gekommen, vom Radikalsten bis zum Revisionistischsten ist man sich in dieser Forderung einig. Wir haben keineswegs ein naives Vertrauen in dem Erfolg eines solchen Generalstreiks, aber die furchtbare Unterdrückung des belgischen Proletariats macht ihn unvermeidlich. Wir wissen, es genügt nicht, den Generalstreik zu dekretieren um zu siegen. Aber wir sehen schon jetzt einen Erfolg unserer Propaganda des Generalstreiks. Alle unsere Organisationen wachsen. Die Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl um 20 Proz. vermehrt, das Proletariat hat einen Feldzugsplan zu seiner Selbsterziehung unternommen. 35 sozialistische Schulen werden in diesem Winter in Belgien eröffnet werden. (Bravo!) Wir werden umso mutiger kämpfen, wenn wir wissen, daß wir von den Sympathien der sozialistischen Internationale getragen sind. Sie alle haben ein Interesse daran, daß Belgien, der Hort der schwärzesten Reaktion, endlich auf einen anderen Weg gedrängt wird.

Cachin-Paris: Ich überbringe Ihnen die herzlichsten Brudergrüße der französischen sozialistischen Partei. Unsere Bewegung macht seit der Einigung auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam gute Fortschritte. Die Stärkung der Aktionsfähigkeit der geeinigten Partei zeigt sich auf allen Gebieten. Mit Bewunderung erfüllt uns die ruhige selbstsichere Kraft, mit der die deutsche Sozialdemokratie ihren Weg geht. Diese Ruhe und Selbstsicherheit ist umso erfreulicher, als die deutsche Sozialdemokratie die Aufgabe bekommen hat, der Hüter des Weltfriedens zu sein. Auch die französische Partei hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu protestieren gegen den verbrecherischen mordspatriotischen Wahnsinn. Während der Marokkowirren haben wir eine große Friedensdemonstration veranstaltet und haben es besonders begrüßt, daß dazu auch von der deutschen Partei der Genosse Scheidemann entsandt wurde. Wir hoffen, daß solche Delegationen, die geeignet sind, das Band zwischen den Bruderparteien immer inniger zu gestalten, auch in Zukunft erfolgen werden, wenn es auch nicht immer ein sozialdemokratischer Vizepräsident des Reichstags sein kann. (Heiterkeit.) In demselben Augenblick, wo die Fürsten und Generäle Revue abhalten über Truppen, die vorbereitet werden zum Brudermord, hat auch die Sozialdemokratie ihre Truppen zur Revue zusammenberufen, diese große Armee, die die Zukunftsgesellschaft vorbereiten soll, um die Menschheit von den Schrecken des Kapitalismus zu befreien. Ich grüße Sie im Namen des Paris der Kommune; es lebe die soziale, es lebe die internationale Revolution. (Lebhafter Beifall.)

Seitz-Wien: Im Namen der deutschen Sozialdemokratie in Österreich wünsche ich Ihren Verhandlungen den besten Erfolg. Das Jahr 1912 ist ein Ehrenjahr in der Geschichte der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie. Am meisten bewundern wir die Unermüdlichkeit der deutschen Sozialdemokratie, ob sie nun siegt oder eine Niederlage erleidet, diese Unermüdlichkeit, die dazu geführt hat, daß jetzt 900 000 Proletarier in festen Organisationen vereinigt sind. (Bravo!) Die Frage der Teuerung, die Sie neu auf die Tagesordnung gesetzt haben, ist auch bei uns aktuell. Wir hoffen, daß eine mächtige Teuerungsaktion in Deutschland bestimmend sein wird für den Abschluß der nächsten Handelsverträge. Die internationale Solidarität der Arbeiter ist nicht nur Empfindungssache, sondern ein Ausdruck der wirtschaftlichen Verhältnisse; das ersieht man am besten an dieser Frage. Die wahre internationale Solidarität ist auch die Grundlage des Weltfriedens. Das Erstarken der Sozialdemokratie aller Länder wird dazu führen, das wir einst unseren Gegnern zurufen können: Hütet Euch vor dem Weltkrieg, denn Euer Weltkrieg wird das Weltgericht Eurer Klasse sein. (Lebhafter Beifall.)

Bochinger-Budapest begrüßt den Parteitag namens der ungarländischen Genossen. Unsere Partei befindet sich in einem, wenn auch nicht dekretierten, so doch tatsächlichen Ausnahmezustand. In gewaltigen Demonstrationsstreiks hat trotzdem das ungarische Proletariat den Kampf für das allgemeine Wahlrecht aufgenommen. Schon 1905 wurde uns von Kaiser Franz Joseph das Wahlrecht versprochen, aber bis heute ist dies Versprechen nicht erfüllt. Um das Versprechen der Thronrede zu umgehen hat der ärgste Wahlrechtsfeind Graf Tisca mittelst des parlamentarischen Staatsstreichs das Wahlgesetz durchgepeitscht. Aber wir hoffen, daß es der ungarischen Sozialdemokratie gelingen wird, auch über diesen Wahlrechtsfeind zu triumphieren. (Bravo!)

Stein-Prag. Im Namen der tschechischen Arbeiterpartei Oesterreichs übermittele ich Ihnen unsere Gefühle der innigsten Freundschaft und der uneingeschränkten Bewunderung Ihrer organisatorischen und agitatorischen Leistungen. Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die tschechische Arbeiterschaft beginnt, sich mit neuem Vertrauen um die Fahne der internationalen Sozialdemokratie zu sammeln, und was das Schönste ist, man fängt in Oesterreich wieder an von einer einheitlichen österreichischen Sozialdemokratie zu sprechen. (Lebhafter Beifall.)

Axelrod begrüßt den Parteitag im Namen des Organisationskomitees der Sozialdemokraten Rußlands.

Kamineff namens des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Vorsitzender **Haase** dankt den Rednern der ausländischen Bruderparteien innigst für ihre herzlichen Glückwünsche.

Genosse **Bebel**, der inzwischen erschienen ist, wird von den Delegierten und Zuhörern mit stürmischem Händeklatschen begrüßt.

Der Parteitag tritt hierauf in die **Tagesordnung** ein.

Auf Antrag **Ledebour** wird beschlossen, von 9 bis 5 Uhr mit einer einstündigen Mittagspause durchzutagen.

Es folgt der **Geschäftsbericht des Parteivorstandes.**

Ebert: Unser schriftlicher Bericht hat in der Partei gute Aufnahme gefunden, ich kann mich daher auf einige Ergänzungen beschränken. Die Parteiorganisationen umfassen 970 112 Mitglieder, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 133 550, das heißt von 15,9 Prozent. Das ist ein durchaus erfreuliches Ergebnis, vor allem mit Rücksicht darauf, daß schon in den Jahren vorher eine erhebliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen war. Auch nach innen hat sich die Organisation seit 1906 sehr gut entwickelt, was die erhebliche Zunahme der Wahlkreis- und Ortsvereine beweist. Doch ist der Fortschritt nicht in allen Teilen des Reiches gleichmäßig. In 71 Wahlkreisen, natürlich vor allem kleinen und jungen Wahlkreisen, ist sogar ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Unsere Gegner haben an diesen schwachen Punkten angesetzt. Die Liberalen, deren Organisationen vielfach nur Phantasiegebilde sind, scheinen mir zu solcher Kritik allerdings am wenigsten berufen. (Sehr richtig!) Beachtlicher ist schon die Kritik des Zentrums. Aber auch ihr gegenüber können wir feststellen, daß seine größte Organisation, der Volksverein für das katholische Deutschland seit 1908 nur um 13 Proz. zugenommen hat, während unsere Organisationen seit dieser Zeit um 65 Proz. gestiegen sind. (Bravo!) Im Wahlkampf hat sich unsere Organisation gut bewährt. Die Bezirks- und Landesorganisationen haben sich als gutes Bindeglied zwischen den Wahlkreisen und der Zentrale erwiesen, sie sind für das Funktionieren unseres Organisationsapparates somit von größter Bedeutung. Unsere Erfolge auf diesem Gebiete sollten uns zu immer erneuter unermüdlicher fleißiger Organisations- und Agitationsarbeit anspornen. (Bravo!) Nach dem alten Wort Zuckerbrot und Peitsche suchen unsere Gegner jetzt die Jugend von uns fernzuhalten, deren Gewinnung für uns eine der wichtigsten Aufgaben in der Rekrutierungsarbeit ist. Da muß jedem klassenbewußten Arbeiter zur Aufgabe gemacht werden, unsere Jugendbewegung zu fördern, damit wir dem Ansturm der Bürgerlichen begegnen können. Die „Arbeiterjugend" sollte in keiner Arbeiterfamilie fehlen. Recht gut hat sich unsere Frauenorganisation entwickelt. Die Herausgabe einer Moden-Zeitung mit Schnittmusterbeilage soll jetzt durchgeführt werden. (Bravo!) Die Zahl unserer Tageszeitungen hat sich im letzten Jahre um 5 auf 86 vermehrt. Doch muß immer wieder vor übereilten Gründungen gewarnt werden; die finanziellen Unterlagen müssen gesichert sein. Der Münchener Beschluß, daß Preßgründungen, die mit ungenügender finanzieller Grundlage ohne Verständigung mit dem Parteivorstand gegründet werden, von diesem unter keinen Umständen unterstützt werden dürfen, besteht heute noch zu recht. (Hört, hört!) Wohin leichtsinnige Zeitungsgründungen führen, hat uns Göppingen bewiesen. Das dringende Abraten des Parteivorstandes wurde leichtsinnig in den Wind geschlagen. Schon nach einem halben Jahr hatte man 100 000 Mk. Schulden. Das Beispiel sollte abschreckend wirken. Der Parteivorstand wird jedenfalls streng im Sinne des Münchener Parteitagsbeschlusses handeln. Weit über eine Million Mark ist heute in Darlehn an Parteigeschäfte festgelegt. Natürlich muß der Parteivorstand in solchen Geschäften ein entscheidendes Einspruchsrecht haben. Differenzen haben sich dabei nicht ergeben, resp. sind, wo sie vorübergehend entstanden, beseitigt worden. In diesem Zusammenhang muß ich nochmals auf Göppingen eingehen. Als die Göppinger nach dem Zusammenbruch an uns herantraten, waren wir zunächst enschlossen, im Hinblick auf die großen erforderlichen Mittel, abzulehnen. Wir hörten aber erst die Landeskonferenz. Diese betonte, daß ein Zusammenbruch des Göppinger Unternehmens auch die andern Genossenschaften in Württemberg schwer schädigen würde. Man machte auch auf die politischen Folgen aufmerksam und beschloß einstimmig, daß die Unterstützung des Göppinger Betriebes geboten sei. Darauf erfolgte der Vorstandsbeschluß für Unterstützung des Göppinger Unternehmens. Bald wurde Göppingen die erste Rate überwiesen, am 23. Mai schon die zweite und am 29. Mai die dritte Rate. Inzwischen verhandelten die Göppinger mit uns wegen Herstellung der „Donauwacht". Der Parteivorstand hat diese Verhandlungen nicht angeregt, sondern sie entsprangen der Initiative von Göppingen. Ehe die Angelegenheit überhaupt an den Parteivorstand herantrat, als der Vorstand das erste Mal davon hörte, bezeichnete er die Verhandlungen als aussichtslos, aber als die Göppinger Konferenz für die Fortführung von Verhandlungen eingetreten war, erklärte er sofort mit großem Nachdruck, daß die freie Entschließung Göppingens über die Haltung des Blattes dabei unter keinen Umständen beeinträchtigt werden dürfte. Einmütig beschloß die Konferenz die Fortsetzung der Verhandlungen mit Ulm. Niemand widersprach, auch Thalheimer hat zugestimmt, außerdem noch der Göppinger Verlag. Daß wir als Vorstand über den Verlauf dieser Verhandlungen unterrichtet zu werden wünschen, das war auch Thalheimer bekannt, und als wir am 23. Mai wieder bei der Göppinger Geschäftsleitung nach dem Stand anfragten, wurde uns die Mitteilung gegeben, daß alles auf gutem Wege sei; weitere Nachrichten wurden uns nicht, trotzdem wir dringend danach verlangten. So standen die Dinge, als endlich am 1. Juni das Göppinger Parteiblatt mitteilte, die Göppinger Parteiversammlung am 30. Mai habe die Verschmelzung der Blätter von Ulm und Göppingen beschlossen. Vor offizieller Mitteilung an uns, begann bereits die Treiberei in der Parteipresse gegen den Vorstand. Am selben Tage, an dem das Göppinger Blatt den Beschluß veröffentlichte, brachte das

---

nach den Divans führten und dann den ersteren folgten. Von draußen klangen laute Worte des Kapitäns durch die offenen Fenster herein, von einer entfernten Stimme beantwortet; schwere Tritte eilten zu beiden Seiten über die Galerien, und bald ertönten mächtige, das ganze Verdeck erschütternde Schläge gegen das Boot. Reichardt hatte nach der ersten Ueberraschung seine Violine beiseite gelegt und war den Davoneilenden gefolgt; er sah aber bald, daß die vor dem Ausgange sich zusammendrängende Passagiermenge ebensowenig als der dicke Nebel ihm gestattete, sich von der Natur des Geschehenen oder dem Grad einer möglichen Gefahr zu unterrichten, und trat, nachdem er auf keine seiner Fragen eine Antwort hatte erhalten können, in den Salon zurück, wo ihm die Augen sämtlicher Ladies in peinlicher Erwartung entgegenstarrten.

„Ich glaube kaum, daß der Unfall bedeutend ist!" sagte er, um nur etwas diesen fragenden Blicken zu entgegnen; kaum hatte er sich aber nach seinem früheren Platze an einem der offenen Seitenausgänge gewandt, als auch der Kapitän, gefolgt von den Passagieren, den Salon betrat „Alles in Ordnung, Ladies, keine Gefahr!" rief der Eintretende, „hätte aber bei dem verwünschten Nebel ein richtiges „Smash up" geben können, wenn nicht ein sonderbarer Umstand gewesen wäre!"

In diesem Augenblicke klang die Dampfpfeife, ein gleiches Signal antwortete neben dem Boote, und die ersten Stöße der neu mit ihrer Arbeit beginnenden Maschine machten alle Teile des großen Fahrzeugs erzittern.

„Es ist die „Belle", die gegen uns gelaufen ist," fuhr der Kapitän fort, während die Reisenden begierig nach näherem sich um ihn drängten; „wir haben nur einen Radkasten eingebüßt, aber ihr Außenzeug scheint ziemlich schlimm zugerichtet. Daß wir aber diesmal nur mit einer Schramme davongekommen sind, verdanken wir niemand, als dem Gentleman hier!" Reichardt sah plötzlich alle Blicke auf sich gerichtet, sah des Kapitäns Hand gegen sich ausgestreckt, und fühlte sich im ersten Momente fast verblüfft von der sonderbaren Angabe. „Glaub's gern, daß Sie nichts davon wissen", fuhr der Kapitän lachend fort, ihm kräftig die Hand schüttelnd, „denn geschieht ist es ja, und wenn Sie jemals dieselbe Tour wieder machen, so suchen Sie die „Mary Brown" auf, es soll ihnen kein Cent Passage abgenommen werden. Die Sache ist die, soviel ich aus den Worten des Kapitäns von der „Belle" habe entnehmen können", wandte er sich zu den übrigen, „unser weißes Licht scheint heute nacht Mucken gehabt oder sich mit dem Nebel schlecht vertragen zu haben; es hat so trübe gebrannt, daß man fünf Schritte davon kaum eine Art unbestimmten Schein in dem Dunste gesehen hat, und die „Belle" wäre uns jedenfalls gerade auf den Leib gefahren, wenn der Mann im Steuerhäuschen nicht schon ein paar Minuten vor dem Zusammenstoß den lustigsten Reel aus dem Nebel hätte klingen hören. Im Anfange hat er gemeint, der Schall komme aus einem Hause am Ufer, und er habe unrecht gesteuert, bis er noch zu rechter Zeit auf die richtige Vermutung gekommen und sich, soviel er gekonnt, nach dem Klange gerichtet hat — das ist die Sache; aber ein Mordsfiedel muß das sein, die Sie da haben, Sir, und es ist ein Glück, daß ich Zeugen mit nach St. Louis bringe, sonst würde ich mit meiner Geschichte ausgelacht!"

„Die Violine trägt weit, das ist die Wahrheit", erwiderte Reichardt lachend, „wenn ich mir auch nicht hätte träumen lassen, daß sie noch einmal zum Signal-Instrumente dienen würde."

Das frühere Gefühl der Sicherheit stellte sich bald wieder in der Gesellschaft her, besonders als der Kapitän meldete, daß alle möglichen Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung eines ähnlichen Falls getroffen seien; die Tanzlust schien aber der gehabte Schrecken vertrieben zu haben, und Reichardt sah sich bald mit seiner Violine, welche die Runde unter den kopfschüttelnden Passagieren gemacht, in eine der bequemen „Cabins" einquartiert, während die erhaltene Gepäckmarke ihn über die Sicherheit seines Koffers beruhigte. „Doch noch nicht ohne Glück!" sagte er, als er sich auf die weiche Matratze warf, „also nur immer den Kopf hoch, und das übrige wird sich schon finden!"

Die übrigen Tage der Reise vergingen mit all der Eintönigkeit einer amerikanischen Flußdampfschiffahrt. Reichardt fühlte, daß trotz der Freundlichkeit seiner Mitpassagiere das „Deck", auf welchem er Passage genommen, wie eine unsichtbare Scheidewand zwischen ihm und der übrigen Gesellschaft stand, und hielt sich für sich, soviel er konnte. Zweimal wurde er aufgefordert, die Ladies mit seiner Kunstfertigkeit zu unterhalten, und er tat dies so ganz mit der Miene des Weltmanns, der sich freut, sich jemand verbinden zu können, daß man später Anstand zu nehmen schien, spätere Opfer von ihm zu verlangen.

Während aber der größte Teil der Reisenden die Zeit entweder mit Kartenspielen und Trinken oder faulem Umherliegen totzuschlagen suchte, hatte sich Reichardt eine Beschäftigung gebildet, welche ihm mit jeder Stunde mehr Interesse abgewann. Er hatte zuerst einen einfachen Brief an Harriet begonnen; bald aber war er, in dem Wunsche, sich dem Mädchen ganz so zu zeigen, wie er war, und ihr eine volle freundliche Hingebung zu betätigen, von der Gegenwart in seine Vergangenheit geraten, hatte von seinem Entwicklungsgange gesprochen, hatte sie in jede Falte seines Herzens, das kaum ein paar flüchtige Neigungen geborgen, sehen lassen, und nach und nach sein ganzes Denken und Empfinden vor ihr bloßgelegt. Er war in seiner Arbeit unterbrochen worden und hatte sie beiseite gelegt; bald genug aber mahnte ihn die müßige Zeit wieder zur Fortsetzung. Er nahm einen neuen Gedanken auf, wie er sich ihm gerade bot, und begann zu plaudern, als säße er dem Mädchen Auge gegen Auge gegenüber, und als er an diesem Abende schloß, freute er sich schon auf den nächsten Morgen, um in seiner Beschäftigung fortzufahren. Aus seinem Briefe war endlich eine Art Tagebuch geworden, in welchem er seine Gedanken, die volle Zeit hatten sich zu ergehen, seine Anschauungen und Urteile einzeichnete, und er wußte es wohl selbst nicht, welch' erschöpfendes Bild seines eigenen Selbst er darin gegeben. — Der Kapitän bezeichnete endlich die Stunde für die Landung in St. Louis und während die Passagiere die Glieder renkten und sich glücklich priesen, die langweilige Reise hinter sich zu haben, schloß Reichardt die vollgeschriebenen Bogen in ein Kuvert, um sie sogleich nach seiner Ankunft der Post zu übergeben; es war ihm kaum anders, als mache er damit ein begangenes Unrecht wieder gut und dürfe erst jetzt wieder sich ruhig der Erinnerung an Harriet und der kaum verflossenen Tage hingeben.

VIII.

Erst als vor den Augen des Deutschen die langgestreckte Stadt mit der unabsehbaren Reihe still liegender Dampfboote auftauchte, begann der Gedanke an die nächste Zukunft sich wieder seiner Seele zu bemächtigen, und er vermochte nicht, ein Gefühl von Besorgnis, das ihn leise beschlich, ganz von sich abzuweisen. Er berechnete unwillkürlich die Entfernung, welche ihn jetzt von Neuyork trennte — er konnte dort auf nichts rechnen, er hatte dort keinen seiner Fähigkeiten würdigen Broterwerb finden können, und doch kam ihm Neuyork noch immer wie sein letzter Halt vor, den er, je weiter er sich davon entfernte, je mehr verlor.

Ein Gewühl von Lohnkutschern, Karrentreibern und Lastträgern, zudringlich ihre Dienste anbietend, empfing die Aussteigenden. Reichardt wies alles, was Kutsche und Wagen hieß, von sich und wählte einen Neger zur Fortschaffung seines Koffers.

„Wohin, Sir?" fragte dieser, als die Last auf seiner Schulter ruhte.

„Ja, wohin jetzt?" fragte sich der Deutsche selbst. Er sah in das Gewühl und Treiben um sich, blickte in die endlose Straße hinein, die sich vor ihm auftat, und fast wollte ihn das Gefühl des Verlorenseins in einer großen Stadt überkommen. „Wißt Ihr nicht ein anständiges Boardinghaus, Onkel, in dem man ein paar Wochen bleiben kann, ohne daß dem Menschen die Haut über die Ohren gezogen wird?" sagte er nach kurzem Besinnen.

(Fortsetzung folgt.)

Bremer Organ bereits eine Notiz unter dem ansprechenden Titel: „Ein Parteiskandal". Der Verfasser war Genosse Westmeyer. Dort wurde dreist behauptet, Parteivorstand und Landesvorstand hätten erklärt, den Göppingern nur zu helfen, wenn Thalheimer beseitigt und durch Roßmann-Ulm ersetzt werde. Sofort verschickten wir gegenüber dieser durchaus unerhörten Behauptung eine Klarstellung an die gesamte Parteipresse. Trotzdem brachte die „Leipziger Volkszeitung" am 4. Juli, nachdem sie schon unsere Erklärung erhalten, einen Artikel von Radek. „Ein Gewaltstreich", der die vorher vom Bremer Blatt aufgestellte Beschuldigung mit Wortschwall wiederholte und dem Parteivorstand vorwarf, er hätte nicht vermocht, die politischen Folgen seiner Handlungen zu übersehen, der Vorstand habe keinen Sinn für Parteiehre und für Lebensinteressen der Partei. Trotzdem die „Leipziger Volkszeitung" also bereits die Vorstandserklärung besaß, hatte sie geglaubt, sich den fetten Happen nicht entgehen lassen zu dürfen und fabulierte von Geldschrankhütern, sauberen Akten und ähnlichen, hängte unsere Erklärung einfach an den Radekschen Artikel an und bemerkte dazu, unsere Erklärung bestätige im wesentlichen, was der Artikel aus Württemberg dem Parteivorstand vorwirft. Das war doch eine recht skrupellose Zumutung an die Urteilsfähigkeit der Leser. Das Bremer Parteiblatt hat die Vorstandserklärung etwas besser verwertet; es gab zu, falsch unterrichtet zu sein. Lange hielt diese Einsicht aber nicht an, bereits am anderen Tag brachte die „Bürgerzeitung" einen Artikel Radeks mit der Bemerkung der „Leipziger Volkszeitung", ohne auf die eigene Erklärung vom Tage vorher irgendwie zurückzukommen. Die Bremer Redaktion hat sich damit selbst die schlimmste moralische Ohrfeige versetzt. Die Einzelheiten sind charakteristisch für die polemischen Methoden der beiden Blätter. Radek, Westmeyer und Thalheimer setzten von Göppingen aus ihre Treibereien fort. Jede Vorstandserklärung wurde mit neuen haltlosen Verdächtigungen beantwortet. In vertraulichen Zirkularen und Depeschen suchten sie mit zum Teil wahrheitswidrigen Angaben die Presse zu beeinflussen, spielten sich als Retter der Parteiehre und reinen Gesinnung auf. Die Bemühungen des Vorstandes, die Sache zu regeln, wurden von ihnen als Vertuschungsversuche hingestellt. Radek richtete sogar eine förmliche Drohnote an den Parteivorstand. Trotzdem wir den Göppingern sofort finanzielle Hilfe gewährt, warf das Dreimännerkollegium, nachdem wir es in die Enge getrieben, uns noch mangelnde Aktivität vor. Radek erklärte bereits am 28. Mai ohne Ermächtigung Thalheimers dessen Rücktritt von der Redaktion. Thalheimer selbst erklärte am 30. Mai in einer Parteiversammlung in Göppingen, daß er von der Redaktion freiwillig zurücktrete, einige Tage später behauptete Thalheimer dann, sein Rücktritt sei erpreßt worden, die Verantwortung dafür trage der Parteivorstand. Der von mir geschilderte Sachverhalt ist in einer Sitzung unter Teilnahme aller Parteiinstanzen des Göppinger Wahlkreises, auch Radeks und Thalheimers, festgestellt. Auch in dieser Verhandlung spielten beide eine recht merkwürdige Rolle. Nachdem wir längere Zeit verhandelten, nahm Thalheimer einen Teil seiner Behauptungen zurück, später dann seine ganze Erklärung. Radek, dem hauptsächlich darum zu tun war, seinen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" zu rechtfertigen, war die Erklärung Thalheimers recht unangenehm. Er bat um Sitzungsunterbrechung, die stattfand. Radek verhandelte mit Thalheimer, alsdann erklärte Thalheimer in der wiederaufgenommenen Sitzung, er müsse nach weiterer Überlegung die Vorwürfe gegen den Parteivorstand in allen Punkten aufrecht erhalten. Danach meinten selbst die Göppinger Parteigenossen, es sei Zeit, daß man zur Abstimmung käme. Gegen die Stimmen von Radek und Thalheimer wurde in allen Göppinger Parteiinstanzen einstimmig folgende Erklärung beschlossen: Der Parteivorstand hat für seine Mithilfe bei Sanierung des Göppinger Blattes weder dessen Verschmelzung mit dem Ulmer Parteiblatt noch dessen Druck in der Göppinger Druckerei zur Bedingung gemacht, er hat nur gewünscht, daß versucht werden solle, den Druck des Ulmer Blattes der Göppinger Druckerei zu übertragen, um diese lebensfähig zu gestalten. über den Verlauf sollte berichtet werden, dann wollte er über die Beteiligung entscheiden. Vor der Beschlußfassung des Göppinger Vereins ist dem Parteivorstand über den Verlauf der Verhandlungen nichts berichtet worden, obwohl er schriftlich darum ersucht hat. Es kann also dem Parteivorstand nicht der Vorwurf der Passivität gemacht werden. Radek geriet darüber in begreiflicher Erregung, so daß eine weitere Verhandlung unmöglich war. Bei der nächsttägigen Verhandlung ist dann der zweite Teil der Erklärung beschlossen worden, der bekannt ist. Man kam auch zu einem einmütigen Beschluß über die Sanierung, dem später auch die in Betracht kommenden Parteiinstanzen und Kreisgeneralversammlungen zustimmten. Nach dieser Regelung wird das Ulmer Blatt in Göppingen gedruckt, beide Blätter beziehen für den allgemeinen politischen Teil die Matern von der „Tagwacht" in Stuttgart. Die neue Besetzung der Tagwachtredaktion war damals schon durchgeführt. Die Landespolitik und den übrigen Text soll jedes Blatt herstellen, abgesehen von der Unterhaltungsbeilage. Jedes Blatt hat eine eigene Redaktion und Preßkommission. Die Preßkommission wird gewählt aus dem Verbreitungsbezirk. Das war der einzige Ausweg, um zu einer vernünftigen Regelung zu kommen. Sie befriedigt auch allgemein. Ohne Radek und seine Freunde wäre die Regelung einige Wochen früher erfolgt und der Partei wäre der Skandal erspart worden. Dabei kostete die Sanierung der Partei nicht weniger als 82 000 Mk. und wird noch mehr Mittel erfordern und Radek, der so unverantwortlich vorgeht, war nicht einmal organisiert. Alle gegenteiligen Behauptungen Radeks erwiesen sich als unwahr. Dem sechsten Berliner Wahlverein war er einmal unter anderem Namen beigetreten, doch hat er Beiträge nicht bezahlt. (Große Heiterkeit.) Die neuerliche Behauptung Radeks, belangreiche Dokumente zur Göppinger Angelegenheit seien der Parteiöffentlichkeit von uns vorenthalten worden, ist eine raffinierte Verdächtigung. Das für die Partei Beschämende bei der Affäre ist, daß einige Parteiredakteure und -Blätter sich in solcher Weise mißbrauchen ließen. (Lebhafte Zustimmung.) — In der „Neuen Zeit" ist eine Änderung in der Redaktion eingetreten, über die eine Verständigung erfolgte. Die Abonnentenzahl unserer Parteipresse stieg um 171 000. Die glänzenden Leistungen unserer Presse während des letzten Wahlkampfes müssen rühmend anerkannt werden. Auf dem Gebiet der Agitation ist das möglichste geleistet worden. Der Parteitag sollte den Leipziger Beschluß über den Schnapsboykott einmütig erneuern. Die Bezirks- und Landesvorstände sind seit der letzten Reichstagswahl dreimal zusammenberufen worden, die Redakteure einmal. Während früher über Mangel an Agitationsmaterial geklagt wurde, wird heute die gegenteilige Meinung laut, da auf diesem Gebiete von uns fast des Guten zu viel getan wurde. Der Vorstand hat in allen wichtigen Fragen kollegial und einmütig gehandelt. Zur Generalkommission stand er in besten Beziehungen; zu allen aufkommenden Differenzen nahm der Vorstand sofort Stellung; in taktischen Fragen hielt er darauf, Reibungsflächen nicht zu vermehren. Er erwartet offene und rückhaltlose Kritik. Wenn sie um der Sache willen geübt wird, kann sie der Partei nur nützlich sein. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Sitzung bis 2 Uhr vertagt.

In der Nachmittagssitzung erstattete zunächst Braun den Kassenbericht und Kaden den Bericht der Kontrollkommission. Sodann erhält der Kreisvorsitzende Scheperle in der Göppinger Angelegenheit das Wort. Derselbe gibt zunächst eine eingehende Schilderung der Sache und behauptet, daß die Göppinger moralisch gezwungen gewesen seien, das Angebot des Landesvorstandes anzunehmen. Mattutat-Stuttgart erklärt, daß der Krach in Württemberg durch Westmeyer provoziert worden sei. Westmeyer-Stuttgart bestreitet das und wünscht zur Untersuchung der Angelegenheit eine Kommissionseinsetzung, was jedoch abgelehnt wird. Roßmann-Ulm, Hildenbrand- und Heimann-Stuttgart wenden sich scharf gegen Westmeyer, während Henke-Bremen letzteren und Radek in Schutz nimmt. Hierauf tritt Vertagung ein.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 16. September.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 25 Minuten vom ersten Stellvertreter des Wortführers, Jenne, eröffnet.

Die selbständigen Händler und Gewerbetreibenden (Klempner, Schlosser, Installateure) Deutschlands bitten in einer Eingabe an die Bürgerschaft um Aufhebung der Konkurrenz der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Der 1. Antrag betrifft die **Entscheidung der Frage, ob der vom Bürgerausschuß nicht in unveränderter Form an den Senat gerichtete Antrag Stelling, betr. Suspendierung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel und Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch, seitens der Bürgerschaft an den Senat gelangen soll.**

Stelling: Wir gehen von dem Standpunkte aus, daß eine Suspendierung der Lebens- und Futtermittelzölle eintreten muß, nicht zum wenigsten auf Brotgetreide. Der Bürgerausschuß hat leider auf Antrag Reimpell eine Änderung insoweit getroffen, daß nur Vieh, Fleisch und Futtermittel von den lästigen Zollschranken befreit werden soll. Nach der Verfassung besteht leider keine Möglichkeit die Sache jetzt einheitlich zu erledigen, und doch wäre eine solche Einheitlichkeit notwendig gewesen, um nach außen diese wichtige Frage nicht zu gefährden. Ich bedauere die Entscheidung des Bürgerausschusses, wenn ich auch anerkenne, daß für die wichtigsten Lebensmittel die Zollschranken beseitigt werden sollen.

Der Antrag Stelling wird abgelehnt.

2. Antrag: **Ausbau des Glashüttenweges, sowie einer Verbindungsstraße zwischen diesem und der Luisenstraße.**

Coleman geht auf die beiden Kommissionsberichte ein. Der Bericht der Bürgerschaftskommission weiche wesentlich von demjenigen der Bürgerausschußkommission ab. Beide Kommissionen gingen allerdings von der Voraussetzung aus, daß an den betr. Straßen Bauplätze geschaffen werden müßten, nur frage es sich, welche Straße zuerst ausgebaut werden soll. Die praktische Lösung spreche für die Inangriffnahme der Luisenstraße. Das Siel soll nicht im Zuge der Ballastkuhle mit der Mündung bei Kochs Schiffswerft gelegt werden, sondern im Zuge des Glashüttenwegs. Die Bürgerschaftskommission schlägt ferner vor, daß Häuser mit zwei Obergeschossen nur an der Vorderfront erbaut werden dürfen, dagegen in der Querstraße nur mit einem Obergeschoß, damit es den Arbeitern ermöglicht wird, eigene Häuser zu erwerben. Hier ist die nochmalige Erwägung angebracht, ob es nicht praktisch wäre, einen Teil der Ländereien in Erbbaurecht zu vergeben oder mit dem Vorkaufsrecht des Staates zu belasten. Redner ersucht um Zustimmung der Kommissionsvorschläge und um Ablehnung des Senatsantrages; nur so würden dem Arbeiterstande gute Wohnungen geschaffen.

Senator Dr. Stooss gibt die Zustimmung des Senats zu den Vorschlägen der Bürgerschaftskommission kund.

Thiele bittet darauf zu achten, daß die Straßen eine gerade Richtung erhalten.

Der Senatsantrag wird hierauf abgelehnt und derjenige der Kommission angenommen.

Debattelos angenommen wird der 3. und 4. Antrag: **Beleuchtung des Fahrwassers der Trave von Lübeck bis Travemünde.**

Herstellung einer 6 Meter breiten Uferstraße am Stadtgraben zwischen der Puppenbrücke und der Klappbrücke.

5. Antrag: **Verleihung des Enteignungsrechts an die Baudeputation zum Erwerb einer Fläche in der Gemarkung Dummersdorf.**

Henk (Bültwisch) hätte gern gesehen, wenn zur Vermittlung der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Herr Lauenstein, zugezogen worden wäre. Der Landwirt schenke dem Landwirt mehr Vertrauen als anderen Personen.

Senator Dr. Fehling weist auf die gute Einigung hin.

Der Antrag wird angenommen.

6. Antrag: **Staatsseitiger Erwerb von Ländereien der Firma Louis Wolff, G.-G., in Siems.**

Hoff: Wir stimmen dem Antrag zu, weil er gut für den Staat ist. Ich will bei dieser Gelegenheit noch etwas anführen. Bisher konnte man bei der Herrenbrücke Sand wegholen, das ist nun untersagt worden und nur die Firma Ewers & Sohn ist dazu befugt. In Siems wird es auch hart empfunden, daß dieser Firma erlaubt wurde, bei der Herrenbrücke ein Gasthaus zu errichten; Einwohner von Siems haben die Konzession nicht erhalten. Diese Firma wird anscheinend ganz besonders berücksichtigt, obgleich zu einem Wirtschaftsbetrieb dort kein Bedürfnis vorliegt. Ich bitte auch um Auskunft warum die Baudeputation das Gehölz abholzen ließ.

Senator Dr. Fehling: Die Firma Ewers & Sohn wird in keiner Weise besonders berücksichtigt. Die Firma ist mit dem Staat einen Vertrag eingegangen, nach dem der Sand bezahlt wird.

Henk (Bültwisch) bemängelt im Nachtragsgesetz, daß durch die eigenartige Berechnungsweise für den Staat eventuell nicht die vorgesehenen 10 % des Verkaufspreises herausspringen.

Der Senatsantrag wird genehmigt.

Der 7. und 8. Antrag: **Herstellung eines Kohlenlöschplatzes unterhalb des Konstinplatzes.**

Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St. Lorenz wird ohne Einwand genehmigt.

9. Antrag: **Voranschlag für das Forstwirtschaftsjahr 1912/13.**

Heinsohn wünscht dem Israelsdorfer Forst mehr Aufmerksamkeit zugewendet; auch die Wegweiser sollten deutlicher hergestellt und das überflüssige Wurzelwerk auf den Fußwegen entfernt werden.

Der Senatsantrag wird angenommen.

10. Antrag: **Verkauf von Grundstücken in Travemünde an die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.**

Böbs: Wenn wir den Antrag so annehmen, bedeutet es nichts weiter, als daß wir der Bahn das Gelände zum Einkaufspreis überlassen, das wurde schon im Februar abgelehnt. Wir haben gar keine Veranlassung der Lübeck-Büchener Bahn mehr zukommen zu lassen, als was ihr gebührt. Sie kann zum mindesten so viel bezahlen, wie es andere auch müssen. Ich lehne den Vertrag ab.

Senator Dr. Fehling fühlt den Mangel an Vorschlägen seitens Böbs. Die Bahn soll alles bezahlen, was recht ist. Der Preis von 5 Mark per Quadratmeter ist nicht vom Senat, sondern von dem Bürgerausschuß festgesetzt worden. Stimmen Sie diesem Antrag zu.

Böbs: Am besten ist's, wir verpachten das Terrain an die Bahn, wir können es später für Bauplätze besser gebrauchen und würden auch jetzt besser dabei fahren.

Senator Dr. Fehling betont, daß mit einer Verpachtungsmöglichkeit heute nicht mehr gerechnet werden könne.

v. Schack geht ebenfalls auf die früheren Kommissionsvorschläge ein. Der damals geforderte Preis von 7 Mark sei nicht zu hoch gewesen, weil das Terrain an der Fehlingstraße nach der See hin wertvoller sei als das übrige. Jetzt liege die Sache aber so, daß die Bahn das Terrain schon in Gebrauch genommen habe und jetzt nur bezahlen wolle. Die Bahn habe ja auf verschiedenes Gelände verzichtet und da sei ein Preis von 6 Mark durchaus angemessen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

11. Antrag: **Bau eines zweiten Schulhauses in Schlutup.**

Hauptlehrer Reimpell spricht sich wohlwollend dem Neubau gegenüber aus. Eine Neuerung sei durch Errichtung eines Zeichensaales geschaffen, für unsere städtischen Volksschulen sollten diese Säle auch errichtet werden, damit die städtischen Schulen nicht ins Hintertreffen gegenüber den Landschulen kommen. Ferner vermißt Redner die Angaben über die Lehrmittel.

Senator Kulenkamp bedauert, daß in den städtischen Schulen die Räume für Zeichensäle fehlten, es werde jedoch in Zukunft darauf Rücksicht genommen.

Bade (Schlutup) geht auf die hohen Kosten ein, die der Gemeinde durch den Bau erwachsen. 8000 Mark können sie nicht tragen, die Gemeinde wird einen entsprechenden Antrag stellen, denn auch andern Gemeinden werde ein Teil erlassen.

Senator Kulenkamp kann bindende Zusagen heute nicht machen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

12. Antrag: **Gesetzliche Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit.**

Senator Kulenkamp erklärt die Vorgeschichte dieses Antrags. Schon im Jahre 1910 habe die Oberschulbehörde einen Antrag an den Senat gebracht, nach dem auf 4jährige Dienstzeit in der Regel die Festanstellung erfolgen sollte. Würde diese Begrenzung festgehalten und das 26. Lebensjahr in Betracht gezogen, dann wäre eine Mehrbelastung von 67 000 Mark zu verzeichnen. Redner zieht die weiteren Wünsche in Berücksichtigung und bittet um Annahme des Antrages.

Dr. E. Meyer tritt gleichfalls für die Vorlage ein, die die Hauptwünsche enthalte. Mehr sei vorderhand nicht zu erreichen.

Hauptlehrer Reimpell: Durch den Uebergang zu den großen Schulsystemen an den Volksschulen wurde eine so große Zahl von Hilfslehrerstellen geschaffen, wie sie nirgends vorgefunden wird. Redner bittet ferner um Aufklärung, wie es komme, daß eine Hilfslehrerin seit 32 Jahren noch nicht fest angestellt wurde und ersucht um Annahme des Senatsantrages.

Vom Senatstische kann auf den angeführten Fall keine Auskunft gegeben werden. Es walteten wohl außergewöhnliche Verhältnisse ob.

Der Antrag wird angenommen.

13. Antrag: **Errichtung dreier neuer Oberlehrerstellen an der Realschule zum Dom.**

Hauptlehrer Reimpell fragt, ob es notwendig sei, jetzt diese Oberlehrerstellen zu schaffen. Durch Einstellung von Mittelschullehrer an den unteren Klassen könnten wesentliche Kosten erspart werden. Staat und Schulbehörde wollen überall sparen, er erinnere nur an die Ersparnismaßnahmen in den Volksschulen. Bei dieser Vorlage könnte man sparen. An der Realschule zum Dom sind von 18 Lehrern 15 akademisch gebildete Oberlehrer, während das Verhältnis höchstens hälftig sein sollte. Im Interesse der Steuerzahler wäre eine Beschränkung angebracht.

Senator Kulenkamp: Die Neubesetzungen sind gründlich geprüft und durchaus notwendig geworden durch das schnelle Anwachsen der Schule. Mit wissenschaftlichen Hilfslehrern können wir nur rechnen, wenn wir die Bedingung stellen, sie innerhalb eines Jahres fest anzustellen. Die Schule hat ihre Entwickelung vollendet, eine weitere Anstellung ist in absehbarer Zeit nicht notwendig. Die Vorschrift der hälftigen Besetzung durch Oberlehrer ist längst überholt.

v. Schack stellt den Antrag auf Kommissionsberatung, denn die drei Stellen kosteten uns mindestens 18 000 Mk. jährlich. Vielleicht könnten auch am Johanneum einige Kräfte frei werden, weil dort die Schülerzahl ganz bedeutend zurückgegangen sei.

Senator Kulenkamp wendet sich gegen die Berechnung des Vorredners, denn auch das Schulgeld müsse in Betracht gezogen werden. Von einem schwachen Besuch des Johanneums könne man nicht sprechen, die Lehrkräfte seien dort notwendig. Mittelschullehrer an der Realschule zum Dom anzustellen, soll soweit geschehen, als es den preußischen Bestimmungen entspreche.

Hauptlehrer Reimpell glaubt, daß die Zahl der Oberlehrer das übliche Maß übersteige. Jetzt hätten wir 67 Oberlehrer. An unseren höheren Schulen sei der Andrang größer, als die Finanzen es ertrügen. So weise Lübeck 1729 Schüler an höheren Schulen auf, während Kiel mit der deppelten Einwohnerzahl nur 2190, Mülhausen i. E. mit der gleichen Einwohnerzahl wie Lübeck nur 605, und Altona mit 180 000 Einwohnern 1458 Schüler zähle. Der Andrang sei zu groß, und dann bleibe auch eine große Zahl nicht mitkommender Schüler auf der Strecke liegen. Andere Schulen würden nur eine bestimmte Zahl aufnehmen. Die Ausgaben für höhere Schulen seien in Lübeck bedeutend höher als in Hamburg, wir würden per Kopf der Bevölkerung für einen höheren Schüler 7,70 Mk. ausgeben, während Hamburg im selben Verhältnis nur 2,80 Mk. leiste. Da sei es doch angebracht, mehr Mittelschullehrer an den höheren Schulen anzustellen.

Senator Kulenkamp: Solange wir keine Beschränkung der Schülerzahl eintreten lassen, wird der Andrang groß bleiben. Ein Vergleich mit Hamburg kann nicht gestellt werden. Die auswärtigen Schüler kosten uns nichts, sie bringen im Gegenteil durch das höhere Schulgeld noch etwas ein. Im übrigen würde durch die Unterbindung der auswärtigen Schüler höchstens eine Klasse erspart werden.

v. Schack bedauert, daß der Senat seiner Anrege auf Kommissionsberatung Widerspruch entgegensetze und bittet erst recht darum.

Senator Kulenkamp sieht in einer solchen keinen Fortschritt zugunsten des Antrages.

Prof. Dr. Grube glaubt, daß das Johanneum keine sinkende Tendenz aufweise. Sonst seien die Vergleiche mit Städten stets in der Bürgerschaft anerkannt worden, wenn heute von der Opposition geschehe, dürfe man sie nicht bezweifeln. Daß in jeder Klasse ein Oberlehrer vorhanden wäre, sei wohl wünschenswert, aber nicht immer durchzuführen.

Senator Kulenkamp verspricht nochmals, die Mittelschullehrer weitgehendst zu berücksichtigen.

Hauptlehrer Reimpell: Nicht der Wunsch nach dem Eindringen der Elementarlehrer in die höheren Schulen sei hier vorhanden, sondern allein die Ersparnis von rund 10 000 Mark zugunsten der Steuerzahler.

Kommissionsberatung wird hierauf angenommen.

14. Antrag: **Errichtung zweier neuer Fachlehrerstellen für Maschinentechniker an der Gewerbeschule.**

15. Antrag: **Gewährung einer Beihilfe an die Wegegemeinde Dissau zur Unterhaltung des Weges Bergerbrücke-Dissau-Tankenrade.**

16. Antrag: **Erlaß von Nachträgen zum Ausführungsgesetze vom 17. Mai 1898 über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 18. September 1899, zur Bekanntmachung über die Gebührentarife verschiedener Behörden vom 19. Dezember 1898, zum Lübeckischen Gerichtskostengesetze vom 12. November 1900 und zur Stempelordnung vom 22. Dezember 1900.**

17. Antrag: **Übernahme des Ruhegehaltes des Pastors Amann in Behlendorf auf den Staat.**

Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen.

18. Antrag: **Weitere Nachbewilligung auf die Baukosten des Neuen Stadttheaters.**

Mühsam weist darauf hin, daß wenn irgend jemand vom Staate etwas glaubt verlangen zu dürfen, die Forderung ins Ungemessene gehe. So hätten einige Erben 5000 Mk. gefordert, während ihnen nur 800 Mk. zuständen. Das sei doch eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Steuerzahlern. Ein anderer Übelstand sei, daß durch eine Ersparnis von 390 Mk. Mehrkosten von über 500 Mk. entstanden seien. Das Verfahren war also teurer als die Ersparnis. Hätte man immer genau auf die Finger geschaut, wären die 300 000 Mk. Mehrforderungen vielleicht nicht nötig gewesen.

Dr. J. Meyer weist einen Vorwurf Dr. Witterns von einer früheren Sitzung zurück; Herr Dr. Wittern habe sich damals geirrt.

Senator Dr. Fehling hätte von Herrn Mühsam etwas mehr Gerechtigkeitssinn erwartet. Ohne genaue Kenntnis sollte man nicht etwas in die Öffentlichkeit streuen, was auf ganz anderen Grundlagen beruhe.

Mühsam: Ein Vorwurf lag in meinen Worten nicht, es hätte eben eine Begründung beigegeben werden müssen.

Der Antrag wird angenommen.

19. Antrag: **Erlaß eines fünften Nachtrages zum Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung.**

Der Antrag wird angenommen.

20. Antrag: **Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Frage, ob und in welchem Umfange die Bürgerschaft eine Revision des Gesetzes vom 19. September 1898, betreffend Anlegung von Mündelgeld, für erforderlich hält.**

Der Gesetzentwurf muß in einer Zeitspanne von 10 Jahren einer Nachprüfung unterzogen werden. Diese war 1910 abgelaufen. Das Gesetz hat sich gut bewährt, die Handhabung ist einfach und zweifelsfrei. Am 6. Februar 1912 wurde eine Kommission gewählt, die den Erlaß des Gesetzes beschloß und um die Zustimmung des Senates ersucht. Es sind mehrere Anträge gestellt.

v. Schack ersucht den Senat, ein öffentliches Taxamt für die Grundstücke in die Wege zu leiten.

Henk (Bültwisch) beantragt, den Hypotheken auf landwirtschaftliche Grundstücke den 25fachen, amtlich geschätzten Reinertrag zugrunde zu legen.

Köster wünscht, daß die Spar- und Anleihekasse einen entsprechenden Teil ihres Vermögens in lübeckischen Staatspapieren anlegt.

v. Schack glaubt, daß sämtliche Haus- und Grundbesitzer dem Staat Dank wissen könnten, daß er ihnen ein so gutes Gesetz vorlege. Bei Beleihung werde jetzt nicht nur die Brandkasse in Betracht gezogen, sondern jetzt werde auch der Grund- und der Ertragswert berücksichtigt. Das sei eine ganz bedeutende Verbesserung. Eine beträchtliche Zinsersparnis werde dadurch erzielt. Für den Grundbesitz müsse aber auch endlich etwas getan werden. Bedenklich sei nur die Schätzungsart. Deshalb sei eine Angliederung an das Katasteramt notwendig.

Senator Dr. Fehling hat gegen die Überweisung der Anträge an den Bürgerausschuß nichts einzuwenden.

Dr. Benda ersucht um kurze Fassung, denn der Bürgerausschuß müsse ja doch erst beschließen.

Köster wendet sich dagegen, den gemeinen Wert der Schätzung zugrunde zu legen, weil meistens nur die Besitzer allein die Einschätzung vollzögen. Weiter tritt Redner für seinen Antrag ein. Die Spar- und Anleihekasse habe von über 4 Millionen Mark nur etwa 50 000 in Lübecker Staatspapieren angelegt.

Wandke möchte nicht, daß durch Kösters Ausführungen der gemeine Wert in Mißkredit komme. Es könnten wohl kleine Versehen vorgekommen sein, im allgemeinen jedoch seien die Schätzungen richtig.

G. Reimpell unterstützt diese Ausführungen, eine solche Schätzung sei richtiger als nach dem Brandkassenwert. So sei ein Haus mit 11 500 Mark bei der Brandkasse versichert gewesen, während der gemeine Wert nur 6000 Mark betragen habe. Die Spar- und Anleihekasse habe vor allem die Sparer-Interessen zu vertreten und könne sich nicht mit den Geldern in Lokalpatriotismus betätigen.

Köster hält den Augenblick noch nicht für gekommen, die Schätzung nach dem gemeinen Wert mit Hilfe des Grundsteuergesetzes vorzunehmen.

Henk (Bültwisch) ersucht gleichfalls um Annahme seines Antrages.

Der Gesetzentwurf wird angenommen und die Abänderungsanträge dem Bürgerausschuß überwiesen.

Der Antrag Köster wird abgelehnt.

In die Kommission betr. dreier neuer Oberlehrerstellen an der Realschule zum Dom wurden gewählt: Becker, Grube, Löwigt, Joh. Reimpell, Scharf.

Schluß 9 Uhr 40 Minuten.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf gegen den Zwangsarbeitsnachweis im Kreise Hagen-Schwelm ist beendet. Die Unternehmer haben in eine Milderung der Satzungen des Nachweises willigen müssen. Der beendete Kampf bedeutet einen Erfolg der organisierten Arbeiter. Die Sperre der Gießereibetriebe hatte in den letzten Wochen derart gewirkt, daß eine Anzahl Betriebe ihre Produktion bedeutend einschränken mußten. Auf Grund dessen kam es am Donnerstag, dem 5. September, zu Verhandlungen. Diese verliefen resultatlos; sie hatten auch hauptsächlich nur den Zweck zu prüfen, inwieweit die Beschwerden der Arbeiter gegen die Handhabung des Unternehmernachweises berechtigt waren. Selbst die Unternehmerkommission mußte einen Teil der Beschwerden als berechtigt anerkennen, sie erklärte aber den Organisationsvertretern, sie sei nicht berechtigt, bindende Abmachungen zu treffen; sie wolle jedoch dafür eintreten, daß der Vorstand des Unternehmervereins erneut mit den Organisationsvertretern verhandle. Diese Verhandlungen fanden am 11. September statt und führten zum Frieden. Es wurde den Organisationen das Recht zugestanden, bei Beschwerden der Arbeiter gegen den Nachweis diese vor der unparteiischen Beschwerdekommission zu vertreten. Bisher konnte nur der Arbeiter selbst Beschwerden vorbringen. Ferner kann in Zukunft bei Ausbruch eines Streiks der Nachweis nicht willkürlich sämtliche Arbeitsuchende der bestreikten Firma zuweisen. Bei derartigen Fällen tritt der Ausschuß und der Vorstand des Unternehmervereins zusammen, um den Streikfall zu untersuchen; zu diesen Sitzungen werden die Organisationsvertreter zugezogen. Ferner wurde der § 12 der Satzungen einer Änderungen unterzogen, derselbe bestimmte bisher, daß Arbeitssuchende, die sich auf den Nachweisstellen ungebührlich betragen, 14 Tage gesperrt werden. Die bestimmte Fassung wurde fallengelassen und durch die Worte „kann 14 Tage gesperrt werden", ersetzt. Es wurde zugesichert, daß in Zukunft nicht generell 14 Tage gesperrt wird, sondern die Sperre soll auch mit 3 bis 4 Tagen erledigt sein. Bei allen derartigen Sperren ist der Nachweis auf Anfrage verpflichtet, den Organisationsvertretern die Gründe, die zur Sperre führten, mitzuteilen. Die Beamten des Nachweises sollen nochmals angewiesen werden, den Arbeitern gegenüber in korrekter und höflicher Weise den Nachweis zu handhaben. Maßregelungen aus Anlaß der Bewegung dürfen nicht stattfinden. Wenn, wie aus Vorstehendem ersichtlich, auch nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt wurden, so sind die Arbeiterorganisationen doch ein gutes Stück weiter gekommen. Die Sperre der Gießereibetriebe ist hiermit aufgehoben; die Gießereiarbeiter können zurückkehren.

Aus dem Gerichtssaal.

Grausame Eltern. Schon wieder hatte sich ein Berliner Gericht mit einer Anklage wegen Kindesmißhandlung zu beschäftigen. Diesmal handelt es sich um das Märtyrium eines unehelichen Kindes. Wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung hatten sich der frühere Hilfsschaffner, jetzige Kohlenarbeiter August Graetz und dessen Ehefrau Anastasia G. am Freitag vor dem Landgericht II zu verantworten. Die angeklagte Ehefrau ist Mutter eines vor der Ehe geborenen Kindes, welches sie bis zu ihrer Verheiratung bei fremden Leuten untergebracht hatte. Da es nach ihrer Verheiratung mit der weiteren Zahlung des Pflegegeldes haperte, da sich der Ehemann weigerte, für das „fremde" Kind zu zahlen, kamen die Eheleute überein, das damals sechsjährige Mädchen zu sich zu nehmen. In der ersten Zeit hatte es das Kind noch leidlich gut, als aber dann in der Ehe selbst ein Kind geboren wurde, wurde das „uneheliche" von beiden Eheleuten in der grausamsten Weise geschlagen. Auf eine Anzeige mehrerer Hausbewohner hin erschien eines Tages ein Schutzmann in der Wohnung der Angeklagten und ließ sich das Kind zeigen. Wie der Beamte vor Gericht bekundete, befand es sich in einem bejammernswerten Zustand. Der ganze Körper war mit blutigen Beulen und Striemen bedeckt, das Gesäß des Kindes war infolge des geronnenen Blutes und der Striemen schon tiefschwarz gefärbt. Die Hau hatte, wie der Beamte angab, das Aussehen von Baumrind angenommen. Mit Rücksicht auf die von den Angeklagte bekundete Roheit erkannte das Gericht auf je zwei Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte je sech Monate Gefängnis beantragt.

Aus Nah und Fern.

Von einem Streikbrecher erschossen. In Burg bei Magdeburg wurde in der Nacht zum Montag der 30jährige Schuhfabrikarbeiter Fritsche auf offener Straße von einem Streikbrecher erschossen. Fritsche befand sich in Begleitung einiger Kollegen auf dem Nachhausewege, wo sie an der Holzbearbeitungsfabrik von A. G. Wolff vorbeikamen, bei der seit einiger Zeit die Arbeiter streiken. Einer der von der Firma herbeigezogenen Streikbrecher verübte vor dem Grundstück dadurch Lärm, daß er mehrmals mit seinem Stock an den Rolläden entlang fuhr. Ein Begleiter Fritsches ließ deswegen die Bemerkung fallen: „Na, Dich haben sie wohl ausgeschlossen." Der Arbeitswillige erklärte: „Was willst Du Lump, Du hast wohl lange keine bayerische Bohne im Wanst gehabt." Als sich die Angefahrenen diese Pöbelei verbaten, gab der Streikbrecher plötzlich aus einer Entfernung von 8 bis 10 Metern zwei Schüsse ab. Der zweite Schuß traf Fritsche, der an den Folgen im Krankenhaus gleich nach seiner Einlieferung starb. Der Revolverheld legitimierte sich dem Polizeibeamten gegenüber mit den Worten: „Ich habe geschossen, ich bin Arbeitswilliger bei der Firma Wolff."

Auf Urlaub. Der durch den Fall Knittel so unrühmlich bekannt gewordene Bezirksoffizier, Hauptmann Kammler in Rybnik, ist auf 45 Tage beurlaubt worden. Damit ist nach militärischen Gepflogenheiten seine Verabschiedung in die Wege geleitet.

Zwei Bergleute verschüttet. Auf der Zeche „Auguste Viktoria" bei Recklinghausen sind durch Zubruchgehen einer Strecke ein Steiger und zwei Bergleute verschüttet worden. Die Bergung der Verschütteten ist noch nicht gelungen.

Gesunkene Pontons. Den „Münchener Neuesten Nachrichten zufolge sind in der Nacht zum Sonntag beim Abbrechen einer über den Inn geschlagenen Brücke zwei Pontons untergegangen. Vierzehn Pioniere sind dabei ins Wasser gefallen, zwei davon sind ertrunken.

Schreckenstat eines Rasenden. In Kinkempois (Prov. Lüttich) hat sich gestern nachmittag ein schreckliches Familiendrama abgespielt. Die Ehefrau Claessens geriet mit ihrem Ehemann in Streit, weil sie sich weigerte, ihm Geld zu geben. Im Verlaufe des Streites gab der Mann aus einem Revolver zahlreiche Schüsse auf seine Frau und seine beiden Kinder, ein 14jähriges Mädchen und einen 10jährigen Knaben, ab. Darauf bearbeitete der Unhold die am Boden liegende Frau noch mit einem Messer, mit dem er ihr mehrere Stiche in das Gesicht, den Hals und den Unterleib versetzte. Die Frau und der 10jährige Knabe sind ihren Verletzungen erlegen. Der Zustand der schwerverwundeten Tochter ist hoffnungslos. Nach der Tat flüchtete der rasende Wüterich aus dem Hause, kehrte aber bald zurück und versuchte das Haus anzuzünden, konnte aber von den herbeieilenden Nachbarn daran verhindert und der Polizei übergeben werden.

Schiffsunfälle. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Am Sonntag nachmittag gegen 1½ Uhr verunglückte in der Nähe des Forts Lynetten auf der Außenrede ein Motorboot mit sechs bis sieben Personen an Bord. Vom Fort eilten sofort ein Dampfboot und ein Ruderboot zu Hilfe, die aber an der Unglücksstelle nur treibende Mützen und einen Bootshaken vorfanden. Die Namen der Verunglückten konnten bisher nicht festgestellt werden. — Ein Schulkutter mit 24 jungen Seeleuten ist auf dem Michigansee während eines Sturmes untergegangen. Sechs Mann sind ertrunken und fünf werden noch vermißt.

Die Erde grollt. Privatnachrichten aus Konstantinopel bestätigen, daß alle Ortschaften, die bereits vom letzten Erdbeben heimgesucht wurden, durch neuerliche Erdstöße zerstört worden sind. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind drei Personen ums Leben gekommen, zwölf wurden verletzt. Bei Ganos brachen plötzlich große Wassermengen hervor, die aber bald wieder verschwanden. In Myriophito hat sich der Boden um einen halben Meter gesenkt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder"**. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.